

Gegen Rechtsextremismus in Ost und West

Andere Problemlagen –
Andere Gegenstrategien?



Gegen Rechtsextremismus
in Ost und West

Andere Ursachen –
Andere Gegenstrategien

Dokumentation einer Konferenz
der Friedrich-Ebert-Stiftung

18. Oktober 2006
in Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Dietmar Molthagen, Forum Berlin

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Angela Borgwardt, Dr. Dietmar Molthagen

Copyright 2006 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Umschlaggestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Satz und Druck: Wagemann Medien GmbH

ISBN 10: 3-89892-594-3
ISBN 13: 978-3-89892-594-5

Diese Publikation wurde gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung

Inhalt

Vorwort	5
Birgit Rommelspacher: Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.....	6
Themenblock 1: Rechtsextremismus – andere Problemlagen in Ost und West?	22
Themenblock 2: Strategien gegen Rechtsextremismus in Ost und West – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Lernpotential?	33
World Café: Regionale Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ost und West – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Lernpotenzial?.....	41
Schlussfolgerungen für die Politik.....	46
Die Referentinnen und Referenten.....	47

Vorwort

Kurz vor der Fußball-Weltmeisterschaft wurde in Deutschland intensiv über sog. „No-Go-Areas“ diskutiert und über die Frage gestritten, ob in einigen Regionen Ostdeutschlands farbige Menschen nicht sicher seien. Das Problem Rechtsextremismus erschien in dieser Debatte einmal mehr als spezifisch ostdeutsches Problem – zu Recht? Fraglos werden rechtsextreme Gewalttaten in den neuen Bundesländern häufiger verübt als in den alten. Aber zugleich wissen wir, dass Westdeutsche nicht weniger rechtsextrem eingestellt sind. Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das jedoch in regional sehr unterschiedlicher Form auftritt. Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen da wenig, etwa wenn Westdeutsche klagen, Rechtsextremismus sei ein Ostproblem, und Ostdeutsche dies mit der Bemerkung kontern, das Problem sei lediglich aus dem Westen eingeschleppt. Vielmehr ist es wichtig, die lokalen Phänomene des Rechtsextremismus fundiert zu analysieren und die Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus miteinander zu vernetzen.

Dies waren die beiden Ziele der Konferenz „Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Problemlagen – Andere Gegenstrategien?“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung am 18. Oktober 2006 in ihrem Berliner Haus veranstaltete und deren Dokumentation hiermit vorliegt. Veröffentlicht wird der Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, danach sind die beiden Podiumsdiskussionen und die Ergebnisse des World Cafés in zusammengefasster Form zu finden.

Wir hoffen, dass durch diese Dokumentation die Wirkung der Ideen und Gespräche des Konferenztages weiter geht und somit die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland weiter unterstützt wird.

Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Bei der Frage nach dem Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland geht es im Grunde genommen um zwei Themen: Zum einen um die Frage, inwiefern aufgrund der Datenlage Unterschiede erkennbar sind und welche Ursachen diese haben könnten und zum anderen darum, wie das Thema Rechtsextremismus im Ost-West-Verhältnis verhandelt wird und welche unterschiedlichen Vorstellungen darüber existieren, da diese Diskurse selbst auch Teil des Problems sind. Insofern werde ich im Folgenden nicht nur auf die Datenlage eingehen, sondern auch fragen, welche Bedeutung diese im Ost-West-Diskurs hat.

Der Ost-West-Vergleich

Die Diskussion beginnt bereits mit der Frage, ob der Rechtsextremismus in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als im Westen. Das scheint offensichtlich zu sein angesichts der Erfolge von NPD und DVU in den Landtagen von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Auch ist bekannt, dass der gewalttätige Rechtsextremismus im Osten deutlich größer ist als im Westen. Insofern scheint der Sachverhalt klar zu sein.

Auf der Ebene der *Einstellungen* sind die Befunde jedoch keineswegs so eindeutig. So haben etwa Decker und Brähler in einer neueren repräsentativen Untersuchung (2005) keine Unterschiede bei rechtsextremen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland festgestellt. Das widerspricht jedoch der Untersuchung von Stöss (2005), der ein deutlich höheres rechtes Einstellungspotential im Osten gefunden hat.¹ Festzustehen scheint jedoch, dass die Einstellungen im Osten im Laufe der letzten 15 Jahre, also seit der Vereinigung, sich stark verändert haben: So hatte Falter (2000) noch 1994 deutlich stärkere rechtsextreme Einstellungen im Westen gefunden. Bereits 1998 hatte der Osten jedoch aufgeholt. Auch waren rechte Parteien zunächst im Westen erfolgreicher (1990 und 1994). Das änderte sich erst Mitte der 90er Jahre, als sie mit der Bundestagswahl 1998 und den folgenden Landtagswahlen im Osten mehr Zuspruch als im Westen fanden (Stöss 2005: 88).

¹ 1998 im Osten 17 % zu 12 % im Westen; 2003 23 % im Osten zu 16 % im Westen (Stöss 2005: 64, 66).

Interessant ist in dem Zusammenhang, dass dieser Wandel vor allem durch den wachsenden Zuspruch *junger Ostdeutscher* zum Rechtsextremismus zustande kam. Seit Mitte der 90er Jahre waren es vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in Ostdeutschland dem Rechtsextremismus zugewandt haben im Gegensatz zum Westen, wo nach wie vor *ältere Menschen* deutlich rechter sind als jüngere (Friedrich 2002; Friedrich-Ebert-Stiftung 2001).²

In Bezug auf unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen scheint es so zu sein, dass im Osten im Vergleich zum Westen eine *ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit* überwiegt (Stöss 1999), während der *Antisemitismus* im Westen ausgeprägter ist – allerdings gleichen sich auch diese Daten in letzter Zeit immer mehr an, das heißt, der Osten holt in Bezug auf Antisemitismus auf. Auch *nationalistische Einstellungen* werden im Westen stärker vertreten (Decker und Brähler 2005).

Schließlich ist ein gravierender Unterschied zwischen Ost und West die *Gewalttätigkeit*. Im Osten werden dreimal soviel Gewalttaten verübt. Die Hälfte der gewalttätigen Rechtsextremen lebt im Osten (Stöss 2005: 103), so dass Pfahl-Traugher (2000), der renommierte Rechtsextremismus-Experte des Verfassungsschutzes, zu dem Schluss kommt, dass im Osten Aktionen, Parolen und Gewalt vorherrsche, während im Westen Ideologien und politische Strategien ausgedacht werden (12). Gemeinsam ist Ost und West jedoch, dass mit höherer Bildung rechtsextreme Einstellungen abnehmen – das allerdings auch immer weniger, so die Ergebnisse der aktuellen Shell-Studie (2006).

Kurz zusammengefasst heißt das also, dass die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost und West in Bezug auf den gewalttätigen Rechtsextremismus zu finden sind. Er ist im Osten sehr viel stärker ausgeprägt. In Bezug auf Wahlerfolge und Einstellungsmuster hat sich in den Jahren seit der Wende eine Verschiebung ergeben: Zunächst haben die Ostdeutschen weniger auf den Rechtsextremismus angesprochen als die Menschen im Westen. Das änderte sich allerdings im Laufe der 90er Jahre, so dass der Osten seither den Westen überholt hat. Vorreiter dieser Entwicklung waren vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Älteren nach wie vor stärker rechtsextrem orientiert sind als die Jüngeren. Inhaltliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich in Bezug auf eine *ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit*, die stärker im Osten ausgeprägt ist, während im Westen dies für Antisemitismus und Chauvinismus gilt. Wie lassen sich nun diese Unterschiede erklären?

Zu den Ursachen in Ostdeutschland

Die Ursachen für den Rechtsextremismus im Osten scheinen auf der Hand zu lie-

² Auch Stöss stellt noch 1999 fest, dass die unteren Altersgruppen im Osten stärker belastet sind, während das im Westen umgekehrt sei (30). In einer späteren Untersuchung (2005) kann er das nicht mehr bestätigen.

gen: Es ist die DDR-Mentalität oder *Ostsozialisation*, die die Menschen dazu veranlasst, rechten Demagogen Gehör zu leihen. Das autoritäre System habe, so eine weitverbreitete Annahme, autoritäre Menschen geformt und die totalitären Strukturen ließen keinen Raum für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus so unerlässlich ist. So meint etwa Pfahl-Traughber: Das Fortwirken einer antidemokratischen politischen Kultur „kann in seiner Bedeutung kaum unterschätzt werden. Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken und Kollektivismus blieben auch nach 1989 als Mentalitäten weiterhin bestehen und artikulierten sich als extremistische Strukturprinzipien nun unter politisch ‚rechten‘ Vorzeichen weiter“ (2000: 13). Ähnlich, wenn auch in einer eher popularisierten Form, hatte auch Christian Pfeiffer mit seiner „Töpfchen-Theorie“ im Fortwirken des Autoritarismus die Hauptursache für die heutige rechtsextreme Gewalt in Ostdeutschland gesehen. Seiner Auffassung nach waren die Kinder viel zu früh und viel zu lange von ihren Eltern getrennt worden und konnten dann aufgrund der Ordnungs- und Disziplinerziehung ihre Gefühle nicht ausleben (Der SPIEGEL 1999, 12, S. 60).

Wie aber kann diese These erklären, dass der Rechtsextremismus zur Zeit der Vereinigung bei den Ostdeutschen *weniger* ausgeprägt war als in Westdeutschland und wie, dass er vor allem seit dieser Zeit ständig angewachsen ist? Und wie lässt sich schließlich erklären, dass vor allem Jugendliche und junge Erwachsene in Ostdeutschland rechtsextrem eingestellt sind, während die Älteren, die doch vor allem in der DDR sozialisiert worden sind, diesbezüglich sehr viel zurückhaltender sind? Darüber hinaus zeigt die Empirie, dass die Menschen umso weniger ausländerfeindlich eingestellt sind, je mehr sie sich mit der DDR identifizieren (Friedrich 2002: 37).

Die Annahme einer *autoritären Persönlichkeitsstruktur* bei den Bürger/innen der ehemaligen DDR lässt sich empirisch nicht halten. So sind die Ostjünglichen keineswegs autoritärer eingestellt als die Westjünglichen (Schmidtchen 1997). Dementsprechend war auch das Erstaunen bei den Sozialwissenschaftlern groß, als sie bei den ersten vergleichenden Untersuchungen nach der Wende keine großen Differenzen in den Einstellungsmustern bei ost- und westdeutschen Jugendlichen finden konnten.³ Es ist offensichtlich unzulässig, von den autoritären Strukturen des politischen Systems auf die Menschen selbst zu schließen. Damit wird unterschlagen, dass die Menschen immer auch einen Spielraum haben, sich mit dem politischen System auseinanderzusetzen. Den nutzten die DDR-Bürger verstärkt seit den 80er Jahren, indem sie immer mehr in Distanz zu dem politischen System gingen und sie jeweils individuell ihre Wege suchten, um damit umzugehen. Dementsprechend haben sich auch ihre Einstellungen verändert und an die im

³ So schrieb etwa Gerda Lederer (1991): „Nicht die Divergenz, sondern die große Ähnlichkeit der Werte fällt auf. [...] Es ist erstaunlich wie gering die Differenzen nach einer so grundlegend verschiedenen Sozialisationsgeschichte sind“ (zit. nach Friedrich 2002: 91).

Westen angeglichen. Allerdings, und damit wird zugleich die Ambivalenz dieser Entwicklung sichtbar, wuchsen mit diesen Individualisierungsprozessen zugleich auch die rechtsextremen Einstellungen (Friedrich 2002).

Die Sozialisation in der DDR kann also wohl nicht die Hauptursache für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland sein. Erfolgversprechender erscheint es deshalb, sich auf die aktuellen *sozialen Strukturbedingungen* zu beziehen. Es ist bekannt, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland rund doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland und die Zukunftsperspektiven so schlecht sind, dass viele junge Menschen auswandern und andere nur durch weiträumiges Pendeln ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Diese Tatsache alleine ist jedoch nicht entscheidend. Wichtig ist vor allem, wie die Menschen diese Verhältnisse erleben und interpretieren. Die anhaltend ungleichen Lebensbedingungen haben bei vielen ein Gefühl der Ungerechtigkeit zur Folge. Zwei Drittel der Ostdeutschen haben das Gefühl, die BRD hätte die DDR im Kolonialstil erobert, und die meisten, nämlich nahezu 80 %, fühlen sich bis heute als Bürger zweiter Klasse (Schroeder 2000: 186). Dies ist nicht nur abstrakten Vorstellungen geschuldet, sondern wird durch aktuelle Erfahrungen der Zurücksetzung gestützt. So hat die neue Shell-Studie (2006) ergeben, dass 27 % der jungen Ostdeutschen das Gefühl haben, schon einmal wegen ihrer Herkunft diskriminiert worden zu sein. Dieser Prozentsatz ist genauso hoch wie bei den Mädchen, die sich aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt fühlen, und deutlich höher als derjenigen, die sich aufgrund ihrer sozialen Klasse diskriminiert fühlen (139).

Die Folge dieser Erfahrungen sind für den Bestand der Demokratie fatal: So ist das Vertrauen in das System seit der Wende rapide gesunken.⁴ Die Demokratie war mit Hoffnungen sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs verknüpft und das neue System war vom Westen auch als Garant für Wohlstand angekündigt worden. Diese Erwartungen wurden jedoch rasch enttäuscht. So schreibt etwa Bernd Wagner (2003): „Die großen Hoffnungen auf die Demokratie sind im zwölften Jahr der Einheit außerordentlich geschrumpft und weichen einem Pessimismus, bis hin zu ihrer offenen Ablehnung“, und Wagner weiter: „Vielen Ostdeutschen ist die Vorstellung, Deutsche zweiter oder gar dritter Klasse zu sein, ein Gräuel. Das bedingt Sarkasmus, Aggressivität und Hass auf Ausländer, deren Dasein als unzulässiger Verstoß gegen die erwünschte Volksgemeinschaft gewertet wird“ (64).⁵ Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Schutz vor Gewalt und eine lebbare Zukunft scheint dieser Staat seinen neuen Bürger/innen immer weniger bereitstellen zu können. Damit wächst das Gefühl, die Sache selbst in die Hand nehmen und die Politiker durch radikale Aktionen zum Handeln zwingen zu müssen.

4 1990 gab es noch 70 % Zustimmung, während sie bis 2000 auf 45 % absank (Förster 2002: 93).

5 Auch Stöss erklärt den Anstieg des Rechtsextremismus Mitte der 90er Jahre bei den Ostdeutschen damit, dass „ihre anfänglich große Zuversicht in das westliche System von Demokratie und Marktwirtschaft in besonders herbe Enttäuschung umgeschlagen ist“. (2000a: 32).

Insofern ist das beunruhigendste Ergebnis der verschiedenen Einstellungsuntersuchungen diese *Distanz zum politischen System*, die sich unter anderem konkret darin ausdrückt, dass die meisten Ostdeutschen nicht bereit sind, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Förster resümiert seine Untersuchung, in der er die Einstellungen mehrerer hundert sächsischer Jugendlicher seit den 80er Jahren – also noch während der DDR-Zeit – und kontinuierlich über die Wende hin bis heute verfolgt hat, so: „Diese Bereitschaft [zur gesellschaftlichen Partizipation], die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab. Auch der signifikante Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist die Erfahrung als Ostdeutscher nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden – ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft“ (2002: 306).⁶

Wenn wir also verstehen wollen, warum der Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende kontinuierlich angestiegen ist, so liefert die wachsende Systemdistanz sicherlich wichtige Hinweise und sie vermag auch zu erklären, warum vor allem der gewalttätige Rechtsextremismus in Ostdeutschland so vorherrschend ist, denn eine wesentliche Ursache für die im übrigen in ganz Deutschland generell hohe Gewaltbereitschaft im internationalen Vergleich liegt nach der Untersuchung von Gerhard Schmidtchen (1997) in dem vergleichsweise geringen Vertrauen der Deutschen in das politische System. Hier zeigt sich ein großes Defizit, denn wenn, so Schmidtchen, junge Deutsche danach gefragt werden, auf welche demokratischen Traditionen sie in Deutschland stolz sein können, dann wird die Hälfte von ihnen stumm (250). Ein politischer Basiskonsens ist aber ein Puffer gegen politische Radikalisierung und Gewalt. Anstelle des Vertrauens in die Politik tritt eine, wie Schmidtchen es nennt, persönliche „Gewaltdoktrin“, die besagt, dass Gewalt notwendig ist, um in dieser Gesellschaft zu bestehen. Das gilt nun, wie wir sahen, in ganz besondere Weise für Ostdeutschland.

Es wäre jedoch wiederum kurzschlüssig, aus der sozialen Lage und der Systemdistanz direkt den Rechtsextremismus ableiten zu wollen. Es gibt hier keinen Automatismus. So zeigt der Geschlechtervergleich in Ostdeutschland, dass Mädchen und junge Frauen sehr viel mehr von dem neuen System enttäuscht sind. Sie sind zwar nicht stärker, aber länger von Arbeitslosigkeit betroffen und haben mehr Ängste, was ihre Zukunft betrifft. Sie sind aber keineswegs stärker rechts orientiert als ihre männlichen Altersgenossen, wenn dann eher sogar weniger (Förster 2002; Decker und Brähler 2005).

⁶ Dazu stellt Stöss auch fest, dass das rechtsextreme Einstellungspotential bei denen am höchsten ist, die politisch apathisch sind. „Von diesen ist bezogen auf die Bundesrepublik insgesamt, ein Drittel, bezogen auf Ostdeutschland sogar die Hälfte rechtsextremistisch eingestellt (2005: 71).

Entscheidend kommt es darauf an, wie die soziale Lage interpretiert wird, oder anders formuliert, es kommt darauf an, ob und wie die spezifische Situation ideologisch aufgeladen und politisiert wird. Denn die ostdeutschen Frauen etwa neigen aufgrund ihrer größeren Unzufriedenheit weder mehr nach rechts noch nach links, sondern sie interpretieren ihre Situation eher als ein individuelles Schicksal und reagieren mit psychosozialen Belastungen (Schlegel 2002). Dagegen fühlen sich die jungen ostdeutschen Männer durch die Politisierung durch Rechtsextreme eher angesprochen.

Vor allem die so genannte *Neue Rechte* ist den Ostdeutschen besonders entgegengekommen. Bereits seit den 80er Jahren hatte sich im westdeutschen organisierten Rechtsextremismus eine Wende angebahnt, in dem die „nationale Frage“ immer mehr in den Hintergrund trat und demgegenüber *ökonomische* Belange stärker in den Vordergrund gerückt wurden. Diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Internationale Wahlanalysen in Europa zeigen, dass im Laufe der 90er Jahre sich viele rechtspopulistische Parteien von der Mittelschicht zur Arbeiterschaft hin bewegt haben. So wurde zum Beispiel in dieser Zeit (1995) der Front National zur stärksten Arbeiterpartei. In diesem Zusammenhang spricht man auch von der *Proletarisierung* der rechten Parteien.⁷

Als 1996 Udo Voigt Vorsitzender der NPD wurde, vollzog er diesen Wandel und sollte damit die NPD zur erfolgreichsten rechtsextremen Partei in Deutschland machen. Es war diese Wendung vom Antikommunismus zum Antikapitalismus sowie die Wendung von einer eher systemkonformen Partei hin zu einer nationalrevolutionären, also systemfeindlichen, nach dem Motto: „Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national“ – was im Osten besonders gut ankam. Dazu kommt, dass er, trotz großer Proteste innerhalb der Partei, taktisch geschickt die Öffnung hin zu den freien Kameradschaften vollzog und darüber hinaus mit den anderen rechtsextremen Parteien Wahlabsprachen abschloss. In einem Strategiepapier des NPD-Vorstands wird deutlich, wie sehr von nun an die Politik genau auf die Ostbürger zugeschnitten wurde. Darin heißt es: „Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie Fremde im eigenen Land vorkommen“ (zit. nach Staudt 2005: 50). Die NPD sprach also die soziale Frage ebenso wie die Unzufriedenheit mit der Vereinigung und dem neuen politischen System direkt an.⁸

Zusammenfassend kann man also sagen, dass der Rechtsextremismus im Osten weniger auf Sozialisationsmuster aus DDR-Zeiten zurückzuführen ist als auf die aktuelle sozi-

⁷ Dasselbe gilt im Übrigen für die FPÖ, die Freiheitliche Partei Österreichs, die zunächst eine Partei des Mittelstandes war und im Laufe der 80er Jahre bis Ende der 90er Jahre immer mehr zu einer Arbeiterpartei geworden ist (Ignazi 2003: 122). Vgl. auch Grumke und Klärner (2006).

⁸ So fordern sie ironischerweise zum Beispiel auch: „Schluss mit der Diskriminierung der Sachsen durch die westdeutsche Landesregierung“ in Dresden – wobei die rechten Parteien selbst das beste Beispiel für die „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen sind.

ostrukturelle Lage und den Systemwandel bzw. auf die Folgen der Vereinigung, die durch rechte Organisationen gezielt politisiert worden sind. Die Erfolge rechter Ideologisierungen sollten aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es auch in Westdeutschland Erfolge in ähnlichen Größenordnungen in jüngster Zeit gegeben hat, denken wir an die Wahlerfolge der Republikaner in Baden-Württemberg 1992 und 1996, die zweimal hintereinander in den Landtag einzogen, oder auch an die Erfolge der DVU in Bremen und Schleswig-Holstein. Es kann also nicht genügen, den spezifischen Gründen in Ostdeutschland nachzugehen und damit in gewisser Weise den Rechtsextremismus wieder zu einem ostdeutschen Phänomen zu erklären, sondern es müssen auch die generellen Bedingungen für die starke und weiterhin anwachsende Tendenz zum Rechtsextremismus in Deutschland betrachtet werden, ebenso wie die spezifischen Gründe in Westdeutschland.

Allgemeine Ursachen von Rechtsextremismus

Die Konzentration auf die Situation in Ostdeutschland sowie der internationale Trend zur Proletarisierung der rechten Bewegungen machen wiederum die Debatte aktuell, ob es nicht doch in erster Linie ökonomische Benachteiligungen sind, die den Rechtsextremismus verursachen. Dazu gibt es inzwischen eine unübersehbare Anzahl von Veröffentlichungen und Winkler (2000) stellt in einem Übersichtsartikel fest, dass so viele widersprüchliche Ergebnisse vorliegen, dass diese so gut wie nicht verwertbar sind. Es gibt Untersuchungen, die im Rechtsextremismus in erster Linie ein „Unterschichtproblem“ sehen und andere wiederum, die keinen Einfluss des ökonomischen Status feststellen können. Offensichtlich variiert die Bedeutung der sozialen Lage.⁹

Aufgrund dieser unübersichtlichen Situation wird in der Fachdiskussion sehr viel mehr auf die These von der *relativen Deprivation* abgehoben. Diese besagt, dass es nicht darum gehe, ob es jemandem tatsächlich wirtschaftlich schlecht geht, sondern ob er sich im Vergleich zu anderen Gruppen benachteiligt fühlt. Und diese These lässt sich durchaus empirisch bestätigen.¹⁰ Das Gefühl der Benachteiligung bei Rechtsextremen ist jedoch keineswegs verwunderlich angesichts einer Ideologie, die nicht müde wird, die Deutschen als ein von allen Seiten bedrohtes „Volk“ darzustellen. Geht man wie sie vom Prinzip der „nationalen Präferenz“ aus, fühlt man sich allein schon durch die Existenz von Nicht-Deutschen bedroht und wittert überall die Gefahr, von den „Fremden“ übervorteilt zu werden. So haben zum Rechtsextremismus tendierende Jugendliche schon als Schü-

9 So stellt etwa Stöss in der von ihm und seinen Kollegen Zeuner und Fichter durchgeführten Untersuchung zu „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ fest, dass die sozioökonomische Lage nur wenig (19,6 %) zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen beiträgt, während „Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und politische Kultur“ weit aussagekräftiger (57 %) sind“ (2002: 445).

10 Rippl et al. (2002: 90) stellen fest, dass eine schlechte ökonomische Lage nur dann zum Rechtsextremismus führt, wenn die eigenen Situation als ungerecht im Vergleich zu der von anderen empfunden wird, also wenn man glaubt, dass einem mehr zusteht als man bekommt und dass andere bevorzugt würden.

ler das Gefühl, die „ausländischen“ Kinder würden von den Lehrern bevorzugt (Möller 2000). Deshalb fragt sich, ob die „subjektive Deprivation“ eine Erklärung oder nicht bereits ein Ausdruck rechtsextremer Einstellungen ist, das heißt, es fragt sich, was hier Ursache und was Wirkung ist.

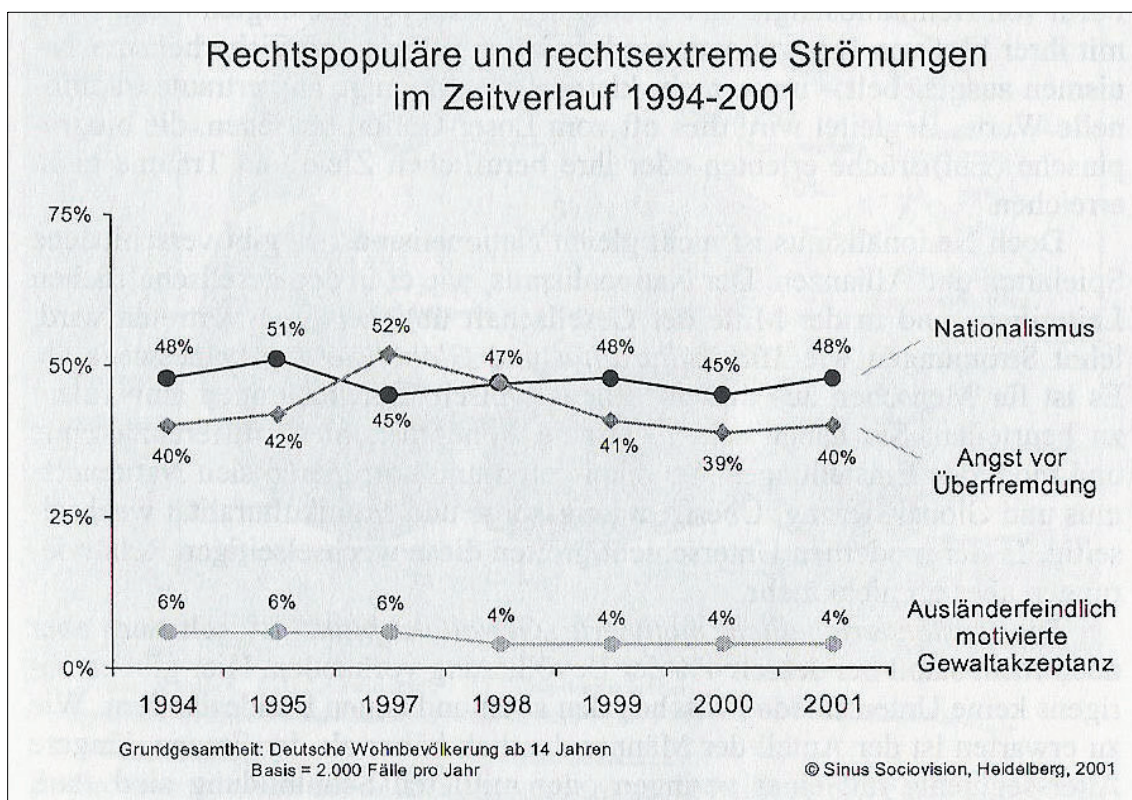
Unabhängig von der subjektiven Einschätzung im Sinne einer relativen Deprivation ist demgegenüber davon auszugehen, dass es sowohl einen Rechtsextremismus für die *Mittelklassen* als auch einen für die *unteren sozialen Schichten* gibt und dass dieser jeweils unterschiedliche Akzente setzt. So gibt es in Europa rechte Parteien, die ganz besonders Menschen ansprechen, die gut situiert sind und denen es vor allem darum geht, ihren Besitzstand gegen Zuwanderer zu verteidigen, indem sie sie von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft auszuschließen versuchen. Das gilt zum Beispiel für die Lega Nord in Italien, deren Wähler zu denen mit den höchsten Einkommen in ganz Italien gelten (Ignazi 2003: 58). So lässt sich auch die Rechtsentwicklung in den skandinavischen Ländern oder der Schweiz erklären (vgl. Decker 2004), die allerdings noch mehr als die skandinavischen Länder ihren Wohlstand den vielen Arbeitskräften aus dem Ausland verdankt.¹¹ Ähnliches gilt für die Erfolge der Republikaner in Deutschland in den reichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg in den 80er und 90er Jahren.

Insofern gibt es *schichtspezifische Formen von Rechtsextremismus*. Dementsprechend sind rechte Parteien, wie Decker (2004) formuliert, als Anwälte sowohl von Modernisierungsgewinnern wie auch von Modernisierungsverlierern zu verstehen: Das eine Mal wird direkt und unmittelbar das eigene Interesse an ethnischer Privilegierung durchzusetzen versucht, indem die so genannten Fremden in die Rechtlosigkeit und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden, während im anderen Fall die eigenen Zurücksetzungen im Vordergrund stehen, für die die Fremden verantwortlich gemacht werden. Sie werden als Sündenböcke für die eigene Problem„bewältigung“ funktionalisiert. Das ist aber nur möglich, weil sie einen prekären Stand in der Gesellschaft haben – sie gelten als nicht zugehörig und damit als weniger berechtigt, einen respektvollen Umgang einzufordern zu können. Als Sündenbock wird dieser „mindere“ Status immer wieder von neuem bestätigt und die Einheimischen, gleich welcher sozialen Schicht, fühlen sich ihnen gegenüber wichtig und bevorrechtigt. Die sich darin ausdrückende Dominanz kann mit Harald Welzer (2005) als eine *kollektive Nobilitierung* verstanden werden, die dazu führt, dass, wie im Nationalsozialismus geschehen, sich „noch jeder sozial deklassierte ungelernete Arbeiter ideell jedem jüdischen Schriftsteller, Schauspieler oder Geschäftsmann überle-

¹¹ Die Rechten in der Schweiz wissen, dass sie auf diese Arbeitskräfte angewiesen sind. Sie wollen sie aber nicht einbürgern oder integrieren. Das heißt, sie werden zwar als Arbeitskräfte aufgenommen, kulturell aber zu Außenseitern und zu „Minderwertigen“ gemacht. Ihre „Fremdheit“ ist funktional für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Hierarchie, denn der privilegierte Status der Inlandsschweizer kann umso besser aufrechterhalten werden, je eher die für sie Arbeitenden Fremde bleiben. Es geht demnach nicht wirklich darum, sie nicht mehr ins Land zu lassen, denn das würde den Zusammenbruch vieler Wirtschaftszweige nach sich ziehen, sondern es geht darum, sie als „Fremde“ auf Distanz zu halten und ihr Recht zu bestreiten, am gesellschaftlichen Leistungswettbewerb gleichberechtigt teilzuhaben.

gen fühlen“ kann, zumal dann, wenn die Gesellschaft deren Deklassierung auch faktisch durchsetzt (73).

Insofern fragt sich, wann eher Motive der Modernisierungsverlierer im Vordergrund stehen und wann eher die der -gewinner. Der Wahlkampf der NPD in Ostdeutschland war eindeutig auf die sozial unteren Schichten zugeschnitten, während die Republikaner in Westdeutschland eher auf das Kleinbürgertum und mittlere Schichten abzielten. Dementsprechend ist im Osten auch die ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit stärker ausgeprägt, während es im Westen eher chauvinistische und revisionistische Einstellungen sind (Decker und Brähler 2005).



Entnommen aus: Wipperman et al. (2002), S. 29.

Angesichts dieser Einschätzung stellt sich im Grunde die Frage, warum die Rechten im Osten nicht noch sehr viel erfolgreicher sind, als sie das bisher waren. Eine solche Erwartung liegt dann nahe, wenn man die strukturellen Bedingungen unmittelbar in politische Orientierungen übersetzt. Demgegenüber bedarf es eines genaueren Blicks auf die Auseinandersetzungen, die in der Gesellschaft geführt werden. Dazu gehört vor allem, sich das Verhältnis zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“ genauer anzuschauen.

Tatsächlich weisen viele Untersuchungen großflächige Überschneidungen in den Einstellungen zwischen der *Mitte* und dem *Rand* der Gesellschaft aus. Die für ganz Deutsch-

land repräsentative Sinus-Studie zum Beispiel, die die Bevölkerung seit Jahren kontinuierlich nach ihren politischen Einstellungen befragt, zeigt, dass im Untersuchungszeitraum von 1994 bis 2001 der Nationalismus anhaltend auf einem Niveau um 48 % in der Bevölkerung zu finden ist und die Angst vor Überfremdung sich in diesem Zeitraum auf einem Niveau zwischen 40 und 45 % bewegt. Diese Einstellungen finden wir in allen sozialen Schichten (Wippermann et al. 2002: 29).¹²

Es wäre jedoch falsch, aufgrund dieser Daten die „Mitte“ mit dem „Rand“ gleichzusetzen und alle mit nationalistischen Einstellungen kurzerhand zu Rechtsextremen zu erklären. Die „Mitte“ unterscheidet sich vom „Rand“ ganz deutlich zum einen durch die entschiedene Ablehnung der Gewalt und zum anderen inhaltlich vor allem dadurch, dass sie auch entgegengesetzte Argumente akzeptiert. So schreibt Wipperman et al. (2002), dass der Nationalismus in der Mitte der Gesellschaft sehr wohl vertreten wird, aber Multikulturalität und Globalisierung deswegen noch lange nicht abgelehnt werden. Das heißt, „es ist für Menschen aus diesen Milieus typisch, Entwicklungen ambivalent zu beurteilen [...]. So relativieren und korrigieren sich Nationalismus und Globalisierung, Überfremdungssorge und Multikulturalität wechselseitig“⁽³⁰⁾. Es werden hier also konkurrierende Perspektiven und Wertesysteme zugelassen. Diese Menschen teilen zwar viele Auffassungen mit den Rechten, wollen ihnen aber nicht unbedingt zum Durchbruch verhelfen.

Es gibt also große Überschneidungen zwischen der „Mitte“ und dem „Rand“ und man kann keineswegs einfach von einer Kluft ausgehen, da sich die „Mitte“ durchaus an ethnischer Hierarchisierung und Ausgrenzung beteiligt. Auf der anderen Seite wird dem von ihr aber auch Widerstand entgegengesetzt, da dies dem Egalitätspostulat und auch dem Leistungsprinzip einer sich demokratisch und liberal verstehenden Gesellschaft widerspricht.

Die Ambivalenz der „Mitte“¹³ zwischen Hierarchisierungsinteressen und Egalitätsvorstellungen ist meines Erachtens auch der Schlüssel, um den Diskurs zwischen Ost- und Westdeutschland besser zu verstehen. Mit der Behauptung, der Rechtsextremismus wäre ein Produkt der DDR-Sozialisation, wurden bestimmten Wertetraditionen einseitig betont und so das Bild einer nahezu zwangsläufigen Entwicklung hin zum Rechtsextremismus gezeichnet, während die Gegenströmungen außer Acht blieben. Das ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man den Diskurs zum Rechtsextremismus in die Tradition der bisherigen Ost-West Diskurse einbettet.

12 Die Forscher der Sinus-Studie präzisieren: Zentrum von Nationalismus und Angst vor Überfremdung sind nicht nur die gewaltbereiten Milieus der Unterschicht, „sondern auch die Milieus der traditionellen und modernen Mitte, die damit ungewollt den Boden für Rechtsextremismus und Gewalt gegen Ausländer bereiten“ (34). Die neuere Untersuchung von Heitmeyer weist auf einen noch höheren Prozentsatz im Sinne der „Fremdenfeindlichkeit“ hin, nämlich auf 60 % der Deutschen, die der Auffassung sind, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben (2005: 18).

13 Vgl. dazu ausführlicher Rommelspacher (2006), Kap. 4.

Exkurs: Diskurse über Ost- und Westdeutschland

Matthias Steinle (2003) hat eine interessante Untersuchung über das Bild der BRD über die DDR und umgekehrt in den Dokumentarfilmen seit 1945 bis zur Wende vorgelegt. Dabei zeigt sich, dass diese jahrzehntelang von einem gegenseitigen Feindbild geprägt waren. So galt die DDR aus Sicht der BRD als ein Propagandastaat, in dem Unterdrückung und Unrecht herrschten. Mithilfe der Totalitarismusthese konnte auch eine unmittelbare Kontinuität zum Nationalsozialismus hergestellt werden. Der Westen verstand sich selbst als einen demokratischen Staat, der vor allem durch Wohlstand, individuelle Freiheit und eine lebendige Zivilgesellschaft charakterisiert war.

Die Dokumentarfilmer der DDR hingegen wurden nicht müde nachzuweisen, wie im Adenauerstaat Politik und Wirtschaft von alten Nazigrößen bestimmt wurden. Die Wiederbewaffnung war für sie der beste Beweis einer faschistischen und militaristischen Kontinuität, während die Nationale Volksarmee ihrer Ansicht nach nur der Verteidigung des Friedens diene. Die DDR hingegen gründete ihr Selbstverständnis in erster Linie auf ihren Antifaschismus.

Interessant ist, dass vor allem im Westfernsehen im Laufe der 70er Jahre eine Differenzierung stattfand, in dem die DDR-Bevölkerung nicht einfach mit dem Staat gleichgesetzt wurde und auch unterschiedliche Gruppierungen innerhalb der DDR ausgemacht wurden. Diese Differenzierung – die auf der DDR-Seite kein Gegenstück hatte – brach jedoch mit der Vereinigung völlig zusammen. Diese Neubewertung des DDR-Bildes geriet nach Steinle im Zuge der Wiedervereinigung völlig in Vergessenheit, so dass von nun an ein arroganter und mitleidiger Demontage-Journalismus, wie er es nennt, die DDR auf Zeichen des Verfalls und Niedergangs reduzierte, wie es aus Zeiten des Kalten Krieges bekannt war (446).

Man könnte also die These aufstellen, dass so, wie die Traditionen des Nationalsozialismus von den beiden deutschen Staaten jahrzehntelang auf die jeweils andere Seite projiziert wurde, dies heute bis zu einem gewissen Grad auch mit dem Rechtsextremismus geschieht. Denn der Rechtsextremismus ist für die meisten Westdeutschen in erster Linie ein Ostphänomen, während für viele Ostdeutsche der Rechtsextremismus ein Import aus dem Westen ist.¹⁴ Diese Projektion gelingt, indem in Bezug auf den Osten nur die Wertetradition des Autoritarismus und der Fremdenfeindlichkeit in der DDR herausgegriffen werden, während andere Traditionen wie die Orientierung an Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit nicht beachtet werden. Diese sind jedoch im Osten bis heute recht stark, was

¹⁴ Und beide Seiten können plausible Argumente anführen: Auf der einen Seite steht der deutlich ausgeprägtere Rechtsextremismus bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland sowie die deutlich stärker ausgeprägte Gewalttätigkeit und die politischen Erfolge der rechten Parteien. Auf der anderen Seite gilt jedoch, dass die ideologische und politische Führung im Rechtsextremismus in erster Linie aus dem Westen kommt und diese Parteizentralen und Schulungszentren gezielt in den Osten verlegt hat.

sich etwa daran zeigt, dass vor allem ältere Ostdeutsche in Bezug auf Asylbewerber deutlicher für die Wahrung ihrer politischen Rechte einstehen als die Westdeutschen (Friedrich 2002: 60). Auch stellt sich die Frage, warum etwa der Antisemitismus hier geringer ausgeprägt ist (Decker und Brähler 2005). Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR kann wohl kaum die Ursache dafür sein. Es muss also noch andere Gründe geben, die meines Wissens bisher noch nicht erforscht worden sind. Das wäre jedoch wichtig, um bei den Strategien gegen den Rechtsextremismus auch an Stärken und positive Mentalitätstraditionen anknüpfen zu können. Denn es ist zu befürchten, dass einseitig negative Diskurse das Problem der Zurücksetzung noch verstärken und damit selbst zur Verfestigung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland beitragen.

Zurück zur Frage nach den generellen Ursachen des Rechtsextremismus: Wir hatten bisher den Fokus auf die soziostrukturelle Lage und deren Politisierung durch rechte Ideologien gerichtet. Aber auch das genügt nicht, denn immer prägen auch *individuelle biografische Hintergründe* die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Deshalb möchte ich zum Schluss noch kurz auf die Frage nach der Bedeutung von Erziehung in Familie und Schule eingehen:

Eine Sekundäranalyse mehrerer repräsentativer Untersuchungen von Ahlheim (2003) zeigt, dass eine Erziehung, die liebevoll, demokratisch, zuverlässig und gewaltfrei ist, am ehesten gegen fremdenfeindliche Einstellungen immunisiert – wobei jeder einzelne Faktor wichtig ist. Die positive Wirkung einer solchen Erziehung lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass sie Gleichwertigkeit und gegenseitig Achtung vermittelt und damit hierarchisierenden Einstellungsmustern entgegensteuert. Denn eine groß angelegte Untersuchung mit 500 Familien von Andreas Hadjar (2004) zeigt, dass die rechten Jugendlichen sich von den nicht-rechten vor allem durch ihre Dominanzansprüche im Sinne eines „hierarchischen Selbstinteresses“ unterscheiden.¹⁵ Es geht ihnen dabei vor allem darum, ihre Interessen im Vordergrund zu sehen, unabhängig davon, dass man dabei auch dem anderen Schaden zufügt. Moralische Überlegungen treten in den Hintergrund, denn man glaubt, vor allem besser als die anderen sein zu müssen (231). Das bedeutet auch, dass ein demokratischer Erziehungsstil nur dann gegen rechte Einstellungen immunisiert, wenn mit ihm eine Sozialethik vermittelt wird, die Konkurrenz- und Machtorientierungen entgegensteuert. So ist zum Beispiel die Fremdenfeindlichkeit der Eltern ebenfalls eine relevante Variable. Dies wird eindrucksvoll bestätigt durch eine ebenfalls groß angelegte empirische Untersuchung von Maren Oepke (2005).¹⁶ Auch hier wird auf die große Be-

15 In dieser Konstruktion werden Leistungsorientierung, Machiavellismus, Konkurrenzdenken und Individualismus zusammengefasst. Das beinhaltet zum Beispiel Aussagen wie: „Wer keine Leistung bringt, wird auch nicht glücklich“ oder „Im Alltagsleben kommt es auf Geld an, ganz gleich, woher es kommt, denn wer Geld hat, ist König“ oder auch: „Wer sich für die Zwecke anderer ausnutzen lässt, ohne es zu merken, verdient kein Mitleid“ beziehungsweise: „Wir stünden alle besser da, wenn jeder sich nur um sich selbst kümmern würde.“ (200 ff.).

16 Sie hat 400 Familien (davon die Hälfte jeweils in Ost- bzw. Westdeutschland) untersucht.

deutung einer demokratischen Erziehung in Schule und Familie hingewiesen (ausführlicher dazu Rommelspacher 2006: 142 ff.).

Insofern kann man zusammenfassen, dass zur Entstehung rechter Einstellungsmuster unterschiedliche Einflüsse zusammenkommen müssen: Zum einen bedarf es persönlicher Voraussetzungen, die durch eine spezifische Biografie und das soziale Umfeld geprägt sind, darüber hinaus bedarf es soziostruktureller Rahmenbedingungen, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in diese Richtung zu tendieren, und schließlich bedarf es einer Politisierung dieser Bedingungen und deren „Erklärung“ in einem rechten Weltbild. Es spielen also immer psychologische, soziale und politische Motive zusammen, auch wenn sie im Einzelfall ein je unterschiedliches Gewicht haben, wie mir in meinen Interviews mit Aussteigern aus der rechten Szene sehr deutlich wurde: Beim einen stehen eher persönliche Bedürfnisse nach Gemeinschaft und Selbstaufwertung im Vordergrund, beim anderen ist es stärker ein politisches Interesse vor allem auch aufgrund einer oft unterschwelligen politischen Konfliktdynamik in der Familie¹⁷ und schließlich kann auch ein sozialer Außenseiterstatus zum Beispiel in Form der Zugehörigkeit zu einer gewalttätigen Clique seine Rechtfertigung in rechter Ideologie suchen. Aber alle Einflussgrößen spielen bei allen Beteiligten eine Rolle. Das bedeutet auch, dass Strategien gegen Rechtsextremismus an diesen verschiedenen Ebenen ansetzen müssen.

Gegenstrategien

Ganzheitlicher Ansatz in der pädagogischen Arbeit

In der pädagogischen Arbeit mit potentiell Rechtsextremen müssen sowohl der persönliche Bezug zur Thematik und die biografischen Hintergründe mit einbezogen werden wie auch die Auseinandersetzung um politische Inhalte und Weltanschauungen. Zugleich muss es darum gehen, demokratische Umgangsformen einzuüben und den Respekt vor dem Anderen zu stärken. Demgegenüber zerfallen die pädagogischen Ansätze heute oft in unterschiedliche Richtungen wie politische Bildung, Gedenkstättenarbeit und interkulturelle Ansätze sowie in Erlebens- und Abenteuerpädagogik und schließlich in Kommunikations- und Konfliktlösungs- bzw. Antigewalttrainings. Diese gilt es zusammenzuführen, da es immer sowohl auf die politischen Inhalte wie auch auf die soziale Einbettung der Vermittlung und auf die Form des Umgangs miteinander ankommt.

Zielgruppenspezifische Arbeit gegen Rechtsextremismus

Die Arbeit gegen den Rechtsextremismus muss sich auf die unterschiedlichen Ziel-

¹⁷ Etwa wenn in der eigenen Familie der Nationalsozialismus tabuisiert oder gar verurteilt wird, auf der anderen Seite aber der Großvater oder andere Verwandte von diesen Zeiten schwärmen.

gruppen und den jeweils spezifischen Kontext beziehen, das heißt in unserem Zusammenhang, vor allem eine ost- und westspezifische Arbeit gegen Rechtsextremismus entwickeln – ebenso wie es um geschlechtsspezifische und klassenspezifische Ansätze gehen sollte. Eine weitere Zielgruppe sind Menschen mit Migrationshintergrund (auf deren Rechtsextremismus hier nicht eingegangen wurde).

In Bezug auf einen ostspezifischen Ansatz gilt es, sowohl die Geschichte der DDR, aber vor allem auch die Geschichte der Vereinigung und ihre Folgen in den Blick zu nehmen und in dem Zusammenhang auch den Diskurs über den Rechtsextremismus als Symptom für das Verhältnis zwischen Ost und West zu thematisieren.

Demokratieförderung auf der individuellen, sozialen und strukturellen Ebene

Sowohl in der Familie und der Schule als auch am Arbeitsplatz sind gegenseitige Achtung und Anerkennung, orientiert an den Menschenrechten, zu fördern. Das gilt nicht nur für den individuellen Umgang miteinander, sondern auch für die Strukturen zum Beispiel in der Schule, im Betrieb, bei den Behörden, wie im Gemeinwesen generell. Damit ist auch die „Mitte“ der Gesellschaft angesprochen. So ist die Stärkung der Zivilgesellschaft auch zu einem Kernpunkt der Arbeit gegen Rechtsextremismus in vielen Projekten und Programmen geworden. Allerdings scheut sich die Gesellschaft dabei oft noch, sich selbst ins Visier zu nehmen. Für sie scheint es einfacher zu sein, auf die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auszuweichen.

Insofern ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft und es bedarf noch viel Phantasie und Engagement, um die vorhandenen Ansätze so weiterzuentwickeln, damit sie effektiv wirksam sind und zugleich zu einem selbstverständlichen Bestandteil der alltäglichen Strukturen unserer Gesellschaft werden.

Literatur

Ahlheim, Klaus (2003): *Das Umfeld des Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft*. In: Klaus Ahlheim (Hg.), *Intervenieren, nicht resignieren Rechts- extremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung* (S. 25-48). Schwalbach/Ts.

Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.

Decker, Oliver, Brähler, Elmar (2005): *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 42/2005 (Hg.), *Rechtsextremismus*.

Falter, Jürgen W. (2000): *Politischer Extremismus*. In: J. W. Falter, O. W. Gabriel, H. Rattinger (Hg.), *Wirklich ein Volk?* Opladen.

- Fichter, Michael, Stöss, Richard, Zeuner, Bodo (2002): *Gewerkschaften und Rechtsextremismus*. Berlin: <http://www.poliwss.fu-berlin.de/projekte/gewerex> Freie Universität.
- Förster, Peter (2002): *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende*. Opladen.
- Friedrich, Walter (2002): *Rechtsextremismus im Osten Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?*. Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2001): *Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt. Handreichung für politische Bildung*. Bonn.
- Grumke, Thomas, Klärner, Andreas (2006): *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Hadjar, Andreas (2004): *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses*. Wiesbaden.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004*. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände Folge 3* (S. 13–36). Frankfurt/Main.
- Ignazi, Piero (2003): *Extreme Right Parties in Western Europe*. Oxford, New York.
- Möller, Kurt (2000): *Rechte Kids, Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13–15jährigen*. Weinheim, München.
- Oepke, Maren (2005): *Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule*. Opladen.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): *Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/2000.
- Rippl, Susanne, Seipel, Christian (2002): *Ökonomische Lage, Bildungsniveau und Fremdenfeindlichkeit. Die Bedeutung von Autoritarismus und Anomie: ein theorieintegrierendes Modell*. In: Klaus Boehnke, Daniel Fuß, John Hagan (Hg.), *Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive* (S. 79–92). Weinheim, München.
- Rommelpacher, Birgit (2006): *„Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt/Main.
- Schlegel, Uta (2002): *Exkurs II: Weibliche Entscheidungszwänge und politische Distanz*. In: Peter Förster (Hg.), *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende* (S. 289–301). Opladen.
- Schmidtchen, Gerhard (1997): *Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt*. Opladen.

- Schroeder, Klaus (2000): *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. München, Wien.*
- Shell Deutschland Holding (2006): *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main.*
- Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.*
- Steinle, Mathias (2003): *Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm. Konstanz.*
- Stöss, Richard (1999): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland. Berlin.*
- Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.*
- Wagner, Bernd (2003): *Nation, Volk und Sozialismus – Einige Bemerkungen zum völkischen Sozialismus und Rechtsradikalismus. In: Zentrum Demokratische Kultur Bulletin (Hg.), Volksgemeinschaft gegen McWorld. Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur (Vol. 3, 2003, S. 59–65). Leipzig.*
- Welzer, Harald. (2005): *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden (S. 100–106). Frankfurt/Main.*
- Winkler, Jürgen R. (2000): *Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsansätze – Probleme. In: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.*
- Wippermann, Carsten, Zarkos-Lamolda, Astrid, Krafeld, Franz-Josef (2002): *Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven. Opladen.*

Rechtsextremismus – andere Problemlagen in Ost und West?

Podiumsdiskussion mit:

Martin Dulig, *MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen*

Prof. Dr. Benno Hafeneeger, *Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften*

Dominique John, *Opferperspektive Brandenburg, Koordinator der Opferberatungsstellen in den östlichen Bundesländern*

Reinhard Koch, *Leiter der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig*

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, *Hochschullehrerin für Psychologie an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin*

Moderation: **Frank Jansen**, *Redakteur, Der Tagesspiegel*

Bericht: **Dr. Angela Borgwardt**

Moderator **Frank Jansen** leitete die Diskussionsrunde mit zwei Beispielen ein, die seine Vorstellung von Rechtsextremismus in Ost und West stark geprägt haben. Als Journalist des Berliner Tagesspiegel hatte er in einer brandenburgischen Kleinstadt an einem von der Caritas organisierten Gespräch teilgenommen. Ein Afrikaner erzählte eine bedrückende Geschichte: Er wollte in einem Park die Frühlingssonne genießen, als plötzlich ein vorbeigehendes Kind zu weinen anfang. Eine Frau, die das Kind begleitet hatte, forderte ihn auf zu verschwinden, weil das Kind Angst vor ihm habe. Da er sich keines Unrechts bewusst war, sei er zunächst geblieben. Doch als sich dann immer mehr Passanten ähnlich äußerten, schien ihm schließlich die Lage so bedrohlich, dass er in seine Plattenbauwohnung zurückging.

Die zweite eindruckliche Erfahrung hatte Jansen im nordrhein-westfälischen Solingen, wo 1993 bei einem rechtsextremistisch motivierten Brandanschlag fünf türkische Frauen und Mädchen ums Leben gekommen waren. Damals hatte er bei seinen Recherchen in großen Teilen der Stadtbevölkerung Betroffenheit festgestellt, es wurde bekräftigt, man wolle keine Gewalt, sondern mit den Türken friedlich zusammenleben. Viele Bürger engagierten sich in Initiativen gegen Rechtsextremismus. Zehn Jahre später stellte sich die

Situation in Solingen aber völlig anders dar. In Gesprächen sei eine unglaubliche Feindseligkeit gegen diese türkische Familie spürbar gewesen, man warf ihr vor, überall Vorteile zu genießen: Diese Familie „schmarotze sich durch“, könne im Supermarkt kostenlos einkaufen, hätte sich ein riesiges Haus mit Swimmingpool gebaut. Diese Behauptungen entbehrten zwar jeder Grundlage, aber die Vorurteile hielten sich hartnäckig, selbst als der Bürgermeister in der Zeitung auf ihre Unrichtigkeit hinwies.

Kann aus diesen Fällen abgeleitet werden, dass rechtsextreme Tendenzen in beiden Teilen Deutschlands in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind?

Prof. Hafeneeger von der Universität Marburg differenzierte dieses Bild. Auch er hatte zehn Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen als Referent an einer Veranstaltung teilgenommen. Hunderte von Menschen waren gekommen, um dem grauenhaften Ereignis zu gedenken und sich sensibel mit dem Thema auseinanderzusetzen. Im Umgang mit Rechtsextremismus und Migrant*innen hatte bei der Solinger Bevölkerung offenbar eine Polarisierung stattgefunden: Neben jenen, die mit rechtem Gedankengut sympathisierten, gab es auch die anderen, die sich weiterhin gegen Rechts engagierten. Im Umgang mit Rechtsextremismus zeigten sich aber auch in anderen Gemeinden Spaltungstendenzen in der kommunalen Bürgergesellschaft.

Zu diesem Ergebnis kam eine wissenschaftliche Studie, die den kommunalen Umgang mit rechtsextremen Tendenzen exemplarisch an hessischen Gemeinden untersuchte. Zunächst zeigte sich, dass die politische Ebene der Gemeinde den lokalen Rechtsextremismus oft nicht als Problem anerkennt. Bei den Bürgerversammlungen hatten sich drei Gruppen mit spezifischen Verhaltensweisen herauskristallisiert. Die erste, eher kleine Gruppe, steht meist in demokratischen, christlich-humanen Denktraditionen und tritt den Rechtsextremen mutig-selbstbewusst entgegen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wem die Kommune „gehört“ und wer sie repräsentieren soll – die Bürger wollen sich ihre Kommune nicht aus der Hand nehmen lassen. In der zweiten, weitaus größten Gruppe, finden sich die eher ängstlichen Bürger, die das Problem verdrängen oder als schnell gelöst sehen wollen – sie reagieren eher irritiert oder verstört, zum Teil auch ambivalent auf rechtsextreme Aktivitäten. Ihnen erscheint die Kommune nicht als politisches Gemeinwesen, für das man sich engagiert und mit Problemen auseinandersetzt, vorrangiges Ziel ist Ruhe in ihrem Lebensumfeld. Schließlich die dritte Gruppe, die das Problem negiert, relativiert oder gar Sympathien für die Rechtsextremen hegt und sie vereinzelt auch ins Gemeindeleben integrieren will. In der Regel setzt sich die zweite Gruppe mehr oder weniger durch – meist mit dem Ergebnis, dass das Problem dann an Polizei oder Justiz delegiert wird.

Dominique John, Koordinator der Opferberatungsstellen in den östlichen Bundesländern, ergänzte zu dieser Problematik seine Erfahrungen in der praktischen Arbeit der

Opferberatungsstellen, deren Mitarbeiter sich um Opfer rechtsextremer Gewalt vor Ort kümmern. Zum einen geht es um direkte Hilfe durch Unterstützungs- und Beratungsleistungen für die Opfer und ihre Angehörigen, zum anderen soll das gesellschaftliche Umfeld zu einer Solidarisierung mit den Opfern bewegt werden. Dabei zeigten sich immer wieder zwei Problemfelder, insbesondere in ostdeutschen Kommunen, die schon stark entvölkert sind und wirtschaftliche Zerfallsprozesse aufweisen:

Erstens seien meist die Ausgegrenzten der Kommune Opfer von rechter Gewalt (Ausländer, links-alternative Jugendliche). Entsprechend schwierig bis unmöglich sei es dann, in der Gemeinschaft Solidarisierungsprozesse mit den Opfern in Gang zu setzen. Denn die Täter kämen häufig aus der Mitte der Kommune.

Zweitens setze oft ein bestimmter Mechanismus ein, sobald überregionale Medien solche Fälle aufgreifen. Die Kommune fühle sich dann als Ganze von außen angegriffen und verschließe sich dem Problem: Kommunalpolitik und die Bewohner rücken zusammen, wobei die Opfer weiterhin ausgegrenzt bleiben. Wegen fehlender Gesprächsbereitschaft sei es kaum mehr möglich, einen Zugang zu den Bürgern zu finden.

Beklagenswert sei zudem, dass in den Kommunen häufig starke Distanz zu den Opfern und mehr Sympathien für die Täter festzustellen ist.

Reinhard Koch von der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig sieht einige Parallelen zu westdeutschen Kommunen, vor allem in ländlich strukturierten Gebieten. Wenn sich zum Beispiel die verschiedenen lokalen Fraktionen in der Gemeinde – wie es Hafenerger beschrieb – konflikthaft gegenüberstehen, kann es notwendig werden, dass eine neutrale Instanz von außen zwischen den verschiedenen Interessen vermittelt. Interessanterweise rücke die Kommune dann oft eng zusammen und lehne jeden Versuch externer Moderation mit der Begründung ab, die Probleme mit den „Jungs aus dem Ort“ schon selbst in den Griff zu bekommen. Diese Abwehrhaltung und Deckelung des Problems resultiere meist aus der Angst, die Kommune würde sonst öffentlich als Punkt auf der „Landkarte des Rechtsextremismus“ stigmatisiert. Ein solches Abschottungsverhalten könne das Coaching von betroffenen Kommunen massiv behindern und teilweise auch verhindern.

Koch sieht beim Thema Rechtsextremismus aber noch weitere Gemeinsamkeiten in Ost und West. Er habe bei seiner Arbeit keine spezifischen Problemlagen festgestellt, die es nicht auch in anderen Bundesländern geben könnte. Die Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt dient vor allem der Beratung, Fortbildung und Recherche zum Themenkomplex Rechtsextremismus; eingeschlossen ist auch die Arbeit mit Eltern und Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher. Die Anfragen kämen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Jugendhilfe bis zur Polizei. Koch wertet dieses breite Spektrum als deutliches Zeichen dafür, dass der Rechtsextremismus auch im Westen die ganze Ge-

sellschaft erreicht hat; es sei keinesfalls nur eine ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem.

Die Anfragen resultierten meist aus akutem Leidensdruck und zielten auf eine möglichst rasche Hilfe zur Lösung eines konkreten Problems, das heißt, es dominiere die Einzelfallbetrachtung. Nach wie vor existiere nur ein sehr unterentwickeltes Bewusstsein für Rechtsextremismus als strukturelles Problem, dem nur strukturell begegnet werden könne. Koch kritisierte eine ungenügende Prävention, eine verbreitete Haltung des Wegschauens und eine unzulängliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Eine westdeutsche Besonderheit im Umgang mit Rechtsextremismus sei, dass oft auf den Osten verwiesen werde („dort ist es doch viel schlimmer als im Westen“), um sich dann untätig zurückzulehnen. Hinzu komme der Glaube an die „Selbstheilungskräfte“ einer seit Jahrzehnten bewährten demokratischen Kultur, indem davon ausgegangen wird, dass die dafür als zuständig definierten Institutionen „das schon hinbekommen“ werden.

Tatsächlich sei aber die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus notwendige Infrastruktur im Westen nicht ausreichend vorhanden, was Koch an drei Beispielen verdeutlichte: Erstens gäbe es zu wenig Beratungsstellen für Eltern und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher, so dass solche Fälle meistens an Polizei oder Jugendamt „umgeleitet“ werden. Zweitens sind die Einrichtungen der Opferhilfe auf Kriminalitätsoffer ausgerichtet, nicht jedoch auf Opfer politischer Gewalt – Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie in den neuen Bundesländern gibt es in den alten nicht. Drittens konnte die NPD auch im Westen bei verschiedenen Kommunal- und Landtagswahlen gute Ergebnisse erringen.

Martin Dulig, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen, wies darauf hin, dass die Problematik Rechtsextremismus weit mehr als die Erfolge der NPD umfasse. So habe er im Rahmen des von ihm mitgegründeten „Netzwerk für Demokratie und Courage“ in Gesprächen mit Jugendlichen feststellen müssen, dass sich viele Jugendliche mit typisch rechtsextremen Einstellungsmustern keineswegs dem rechten Rand, sondern der politischen Mitte zugehörig fühlten. „Die Mitte“ werde damit gewissermaßen immer größer definiert, was eine schleichende Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts bedeute.

Ein großes Problem speziell in Ostdeutschland sei, dass sich hier vor 1989 keine „Kultur des Widerspruchs“ entwickeln konnte, weil Schule, Elternhaus und Zivilgesellschaft in der DDR nicht als demokratische Sozialisationsinstanzen funktionierten. Auch nach der Wende habe es bisher zu wenig demokratische Werteerziehung gegeben. Es sei doch aber klar, dass die Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende nicht automatisch zu Demokraten werden konnten – in Westdeutschland sei die Demokratie ja auch eine längere „Erfolgsgeschichte“.

In Sachsen bestehe das Problem Rechtsextremismus nicht erst seit 2004, als die NPD mit über 9 % der Wählerstimmen in den sächsischen Landtag eingezogen ist. Vorher sei das Problem von den meisten einfach ignoriert worden. Tatsächlich habe die NPD aber eine deutlich erkennbare, langfristige Strategie verfolgt, um in Sachsen Fuß zu fassen. Zunächst ging es um eine kommunalpolitische Verankerung: Schon 1999 konnte die Partei in verschiedene Stadt- und Kreistage einziehen. Dulig nannte als wichtiges Kennzeichen der NPD-Ideologie in Ostdeutschland, dass in das Parteiprogramm nicht mehr nur klassische Themen wie Ausländerfeindlichkeit aufgenommen werden, sondern dass sich die Partei insgesamt als antikapitalistisch-sozialrevolutionär darstellt.

Prof. Hafener wies auf ein zentrales Strategiemerkmale im gegenwärtigen Rechtsextremismus hin: der verstärkte Kampf um Öffentlichkeit. So haben sich die Aufmärsche und Demonstrationen der extremen Rechten in den letzten Jahren verdoppelt bis vervierfacht. Die erhöhte öffentliche Präsenz diene zum einen der Selbstvergewisserung nach innen, zum anderen der Machtdemonstration nach außen. Diese Tendenz werde sich in den nächsten Jahren vermutlich noch weiter verstärken. Daraus ergebe sich eine große Herausforderung für die Politik bzw. die demokratischen Parteien, die mit diesem Phänomen angemessen umgehen müssen.

Während es nach Hafener in Ostdeutschland eine relativ große Bereitschaft gibt, sich für die extreme Rechte zu entscheiden (wie NPD und DVU), bindet sich das rechtsextreme Einstellungspotential der westdeutschen Bevölkerung eher an rechtspopulistische Parteien (wie die Republikaner oder die Hamburger Schill-Partei), die im Spannungsbogen zwischen der extremen Rechten und den traditionell rechten Parteien CDU/CSU agieren. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland habe gezeigt, dass es im Westen immer wieder gelungen ist, das rechtsextreme Potential politisch in die Unionsparteien einzubinden und damit in das demokratische Parteienspektrum zu integrieren.

So war die NPD zwar in den 60er Jahren in sieben Landtagen vertreten und scheiterte nur knapp an der 5%-Hürde, stieg dann aber wieder ab. Ab Ende der 80er Jahre schafften die neu entstandenen Republikaner den Sprung in mehrere Landtage, wurden dann aber wieder relativ bedeutungslos; schließlich konnte die so genannte Schill-Partei von 2001 bis 2004 fast 20 % des Wählerpotentials binden und sogar in der Hamburger Bürgerschaft mitregieren, bis sich die Partei nach internen Querelen spaltete und in der Bedeutungslosigkeit versank.

In der Bundesrepublik sei man lange Zeit davon ausgegangen, dass sich das Problem des Rechtsextremismus biografisch durch die Altersentwicklung erledigen würde und sich allenfalls immer wieder einzelne rechtsextreme Akteure oder kleine Gruppen herausbilden – dass Rechtsextremismus also ein Randphänomen bleibe. Tatsächlich zeige sich seit 10 bis 15 Jahren aber auch im Westen eine radikalisierte ideologische Verfestigung im

Lager des Rechtsextremismus, verbunden mit einer deutlichen Verjüngung der sozialen Träger und Führungspersonen.

Dieser Radikalisierungs- und Verjüngungsprozess seit der Wende sei in den ostdeutschen Ländern noch stärker ausgeprägt. Hier komme zudem noch eine höhere Militanz und ein stark öffentlichkeitsorientierter Aktivismus hinzu. Auch numerisch sei die Zahl der Aktivisten und so genannter Jungmännerkameradschaften im Osten größer als im Westen. Ein weiteres, typisches Merkmal des ostdeutschen Rechtsextremismus ist nach Hafener eine spezifische Sozialstruktur, die eine leichtere und breitere Rekrutierung neuer Sympathisanten und Mitglieder ermögliche. Insgesamt bestehe hier eine andere infrastrukturelle Gemengelage zwischen jüngeren Aktivisten und Parteikadern, dem Wahlverhalten der Bevölkerung sowie bestimmten Vernetzungsstrukturen in der Kinder- und Jugendarbeit und politisierender Sozialarbeit. Diese differenzierte Infrastrukturentwicklung in Verbindung mit einem gewissen Resonanzboden in der Gesellschaft sei in den westlichen Bundesländern nicht gegeben.

Aktuell fände innerhalb der extremen Rechten eine Strategiediskussion über die richtigen Maßnahmen statt: Wie kann der Osten – insbesondere bestimmte Regionen – politisch besetzt und zu einem Experimentierfeld für die gesamte Bundesrepublik gemacht werden? Welche Ressourcen sollten dabei eingesetzt werden? Wie ist eine kulturelle Hegemonie im politischen Diskurs zu erreichen?

Im Vergleich zum Westen sei der Rechtsextremismus in Ostdeutschland deutlich breiter präsent und biete sozio-kulturell ein vielfältigeres Angebot. Dass sich die Situation im Westen anders darstellt, liegt nach Hafener in einer für die alte Bundesrepublik spezifischen Tradition der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Vereinen, Verbänden und Jugendorganisationen. Entscheidend für die Entwicklung einer politischen Kultur sei doch, wie Kinder und Jugendliche gemeinschaftlich die entscheidenden Prägungen für demokratische und soziale Werte erhalten. Das im Westen hohe Niveau organisierter Vergemeinschaftungsformen biete eine relativ solide Basis an Strukturen, die soziale Erfahrungen ermöglichen. Diese „basale Grundausstattung“ ermögliche auch das Erlernen von demokratischen Werten wie Toleranz und Anerkennung ebenso wie wichtige Selbstwert- und Anerkennungserfahrungen.

Diese grundlegende Angebotspalette fehlte Hafener zufolge im Osten und konnte seit 1989 nicht ausreichend aufgebaut werden – allerdings könne dies auch nur als langfristige Entwicklung vonstatten gehen.

In der Debatte wurden noch andere mögliche Ursachen für das Erstarken des Rechtsextremismus in Ostdeutschland thematisiert.

Nach Ansicht von **Martin Dulig** kann die Sozialisation in der DDR nicht als alleinige Ursache für Rechtsextremismus in Ostdeutschland gesehen werden, auch wenn hier sicher

einzelne Erklärungen für die stärkere Ausprägung in Ostdeutschland zu finden seien. Die Antifaschismus-Erziehung in der DDR – wie staatlich verordnet und kritikwürdig sie auch gewesen sei – habe zum Beispiel immerhin bewirken können, dass in den neuen Bundesländern antisemitistische Einstellungen deutlich weniger verbreitet sind als im Westen.

Frank Jansen erinnerte daran, dass es Rechtsextremismus auch schon in der DDR gegeben hat. In den 80er Jahren habe die Volkspolizei bereits 15.000 Rechtsextremisten gezählt: ein harter Kern von 5.000 Personen und 10.000 Mitläufer, hinzu kam eine ungezählte Schar von Sympathisanten. Der Rechtsextremismus sei im Osten also nicht 1989 plötzlich „vom Himmel gefallen“ oder aus dem Westen importiert worden. Seine Recherchen hätten erbracht, dass sich in den ostdeutschen Bundesländern autoritäre Persönlichkeitsstrukturen und „sehr engstirnige Einstellungen“ über einen längeren Zeitraum verfestigt hätten. Die Ursachen für diese Entwicklung müssten aber noch genauer analysiert werden.

Prof. Rommelspacher betonte, dass Ost ebenso wie West ihren Anteil am wachsenden Rechtsextremismus in Ostdeutschland haben; es wäre falsch, dieses Phänomen nur auf die DDR-Sozialisation zurückzuführen. Natürlich hätten rechte Tendenzen vor allem in der gewalttätigen Subkultur von Jugendlichen schon zu DDR-Zeiten und erst recht nach der Vereinigung ihren Platz gehabt. Auch Autoritarismus und Konventionalismus hätten eine spezifische DDR-Tradition. Der Diskurs dürfe aber nicht auf dieses einfache Erklärungsmodell reduziert werden, denn sonst blieben die Folgen der deutschen Vereinigung unberücksichtigt, die einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung gehabt hätten. Wie ließe sich sonst erklären, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland im Laufe der 90er Jahre nicht geringer, sondern stärker geworden ist? Ein Grund dafür könne in den sozialen Lücken gesehen werden, die nach dem Zerschlagen der alten Systemstrukturen auftraten und von den rechten Parteien konsequent genutzt wurden. So musste zum Beispiel die demokratisch orientierte Jugendarbeit nach der Wende im Osten überhaupt erst aufgebaut werden. Bei der Ursachenklärung gelte es deshalb, die DDR-bedingten Prägungen und die von der Entwicklung nach 1989 verursachten Gründe in ihrer Wechselwirkung zu sehen.

Nach Auffassung von Prof. Rommelspacher spricht der Rechtsextremismus im Osten andere soziale Schichten an als im Westen: In den alten Bundesländern lag bisher das Potential hauptsächlich im Kleinbürgertum, in den neuen Bundesländern liegt es heute vor allem bei den sozial Schwachen. Aus diesem Grund würde die NPD ihrem Programm im Osten auch eher eine sozialrevolutionäre und antikapitalistische Ausrichtung geben. Die „neue Rechte“ im Osten unterscheidet sich also von der traditionellen Form des Rechtsextremismus, die sich mehr auf die nationale Frage und das Bürgertum konzentrierte.

Frank Jansen sieht hier jedoch tendenziell einen Annäherungsprozess von Ost und West. So hätte die NPD auch in den bürgerlichen Schichten der neuen Bundesländer (zum Beispiel bei den Handwerkern) Fuß fassen können, während sie im Westen (zum Beispiel im Saarland) verstärkt auch von Arbeitslosen gewählt wurde. Möglicherweise seien die Unterschiede in Ost und West gar nicht so groß bzw. schwächen sich ab.

Reinhard Koch sieht auch keine allzu großen Unterschiede: Im Osten wie im Westen sei allgemein ein Rückzug von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen festzustellen. Dadurch entstehe in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein Vakuum, in das die organisierte Rechte mit einfachen Erklärungsmodellen „hineinstoßen“ könnte, die viele verunsicherte Menschen gerne aufnehmen würden. Ost und West müssten deshalb in der Frage des Rechtsextremismus gemeinsam an einem strukturellen Problem arbeiten; trotz einiger Unterschiede überwiegen für Koch doch die zahlreichen gemeinsamen Problemfelder.

Die Angebote der neuen Rechtsextremisten würden mit zeitlicher Verzögerung auch in den Westen getragen. Da man sich hier aber gegenwärtig oft noch nicht „traue“, dem rechtsextremen „Original“ die Stimme zu geben, dominierten hier noch rechtspopulistische Einstellungen. Seit den letzten Wahlerfolgen der Rechtsextremen im Westen herrsche jedoch eine allgemeine Unsicherheit darüber, wie die Auseinandersetzung mit ihnen geführt werden solle.

Auch für **Prof. Hafenecker** bleibt Rechtsextremismus ein gemeinsames Problem von Ost und West. Im historischen Rückblick zeige sich, dass die extreme Rechte in der bundesrepublikanischen Entwicklung nicht zu einem politischen Machtfaktor werden konnte, sondern nach einigen erfolgreichen Wahl-Zyklen – oft in einem Prozess der innerparteilichen Selbstzerstörung – immer wieder von der politischen Bühne verschwunden ist. Beim gegenwärtigen Rechtsextremismus werde entscheidend sein, wie die Politik mit den drängenden Problemen des Landes umgeht, denn diesmal könne nicht von einem vorübergehenden Zyklus ausgegangen werden; vielmehr sei ein Verfestigungsprozess im Lager des neuen Rechtsextremismus festzustellen.

Prof. Rommelspacher hatte in ihrem einführenden Vortrag bereits deutlich gemacht, dass der Rechtsextremismus eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft ist; zugleich hatte sie aber auch die Unterschiede zwischen Ost und West herausgearbeitet, die bei Analyse und Bekämpfung berücksichtigt werden sollten. Eindeutig sei im Osten eine stärkere Ausprägung des Rechtsextremismus sowie eine höhere Gewaltbereitschaft als im Westen festzustellen. Als Gemeinsamkeit von Ost und West könnten zum Beispiel die durch Ressentiments verursachten Verweise auf die jeweils andere Seite gelten: So werde in Ostdeutschland häufig die unzutreffende These vertreten, der Rechtsextremismus im Osten sei ein reiner West-Import, während viele Westdeutsche der falschen Vorstellung

zuneigen, Rechtsextremismus sei ausschließlich ein Ost-Problem. Beide Seiten würden damit selbst einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten.

Was also könnte und sollte getan werden? **Dominique John** verwies auf ein großes Problem bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Der Rückgang der staatlichen Regelförderung in Jugendprojekten führe zu einem sozialen und kulturellen Defizit, das sukzessive durch rechtsextreme Angebote ersetzt wird. Implizit plädierte John für ein intensiveres Engagement des Staates in der Jugendarbeit in Ostdeutschland bzw. dafür, zumindest den Rückzug zu beenden. Dies sei angesichts der Zunahme von rechtsextrem motivierten Straftaten umso dringlicher.

Nach **Martin Dulig** ist es eine vordringliche Aufgabe, demokratische Bildungs- und Kulturarbeit zu intensivieren. Zentrales Ziel sollte sein, die nicht-rechtsextremen Kräfte zu stärken und weniger zu versuchen, bereits rechtsextreme Jugendliche von demokratischen Werten zu überzeugen. Wichtig sei eine demokratische Erziehung und Bildung vom Vorschul- bis ins Erwachsenenalter. Der Fokus sollte dabei mit zielgruppenspezifischen Strategien nicht nur auf Ost-West-Unterschiede, sondern auch auf die verschiedenen Altersstufen gelegt werden.

Prof. Hafenecker sieht einen großen Bedarf an Beratungsangeboten für Eltern rechtsextremer Jugendlicher; man müsse endlich die Notwendigkeit der „Erwachsenenarbeit“ erkennen. Im Rahmen des wissenschaftlichen Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hätten sich bestimmte Verhaltensmuster der Eltern im Umgang mit ihren rechtsextremen Kindern gezeigt: Nur wenige suchten das kontinuierliche, notfalls auch konfliktreiche Gespräch mit ihrem Kind. Die meisten ignorierten das Problem oder versuchten, sich zu arrangieren, um Arbeitsplatz und Schulkarriere möglichst nicht zu gefährden und nach außen nicht auffällig zu werden. Einzelne hegten durchaus ideologische Sympathien und zielten vor allem aus Angst vor Konflikten mit Polizei und Justiz auf die Verhinderung der Gewalttätigkeit. Insgesamt sei bei den meisten Eltern eine große Hilflosigkeit und Unwissenheit über Beratungsmöglichkeiten deutlich geworden. In diesem Bereich müsste unbedingt mehr getan werden.

Aus dem Publikum kam die Frage, ob angesichts der neuen Herausforderung durch den Rechtsextremismus nicht auch andere Strategien als Aufklärung erforderlich seien. Der „Kampf um die Köpfe“ sei zwar notwendig – aber müsse es jetzt nicht darum gehen, dem Rechtsextremismus aggressiv und offensiv entgegenzutreten im Sinne eines „Kampfes auf der Straße“?

Martin Dulig verwies darauf, dass Demonstrationen und Aktionen der extremen Rechten in der Regel auch mit Gegendemonstrationen und Gegenaktionen beantwortet werden, um zum Beispiel zu verhindern, dass die extreme Rechte bestimmte Jahrestage mit ihren Deutungen besetzt. Doch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

dürfe nicht nur auf Symbolik reduziert bleiben. Seiner Ansicht nach sei Bildung als übergreifende Idee der Schlüssel.

Die ostdeutschen Bundesländer sind seiner Auffassung nach auf zweierlei Weise ein „Experimentierfeld“: zum einen für die Rechten, weil sie dort neue Strategien und Formen entwickeln, zum andern aber auch für exemplarische Projekte gegen den Rechtsextremismus. So sei aus dem sächsischen Projekt „Demokratie und Courage zeigen“ ein bundesweites Projekt geworden, das seit drei Jahren in ähnlicher Weise auch in Frankreich durchgeführt wird. In jedem Fall müssten die Bundesprogramme bzw. die erfolgreichen Strukturprojekte in Ostdeutschland fortgesetzt werden.

Nach Auffassung von **Reinhard Koch** muss die Infrastruktur zur Bearbeitung von Rechtsextremismus-Problemen in Ost und West weiter ausgebaut werden. Aufgrund der gesamtdeutschen Wirkung müsse die staatliche Förderpolitik das Parzellierungsdenken aufgeben, sowohl in Bezug auf Ost und West, als auch aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten von Kommunen und Ländern. Die Probleme des Rechtsextremismus würden ja nicht einfach an den Grenzen von Bundesländern oder bestimmten Regionen aufhören. Koch plädierte für bundesweite Strategien und Aktionen, die dann in regionalen Netzwerken umgesetzt werden könnten.

Prof. Rommelspacher betonte dagegen stärker, dass die Unterschiede zwischen Ost und West – trotz vieler Gemeinsamkeiten – genau beachtet werden müssten. Die Programme müssten auf diese Unterschiede ausgerichtet werden, da sie auf die konkrete Situation und die betroffenen Menschen zugeschnitten sein sollten. Deshalb hält sie die Einrichtung ziel- und strukturspezifischer Programme für sehr wichtig.

In der **Diskussion mit dem Publikum** wurde auf das mangelnde demokratische Bewusstsein vieler Ostdeutscher hingewiesen. So seien notwendige Bestandteile der Demokratie wie Opposition und der Wettstreit zwischen verschiedenen Werten, Ideen und Parteien bei vielen noch nicht in der politischen Vorstellungswelt verankert. Häufig dominiere der Wunsch nach harmonischer Geschlossenheit, nicht nach politischer Auseinandersetzung zur Lösung von Konflikten zwischen unterschiedlichen Interessen. Auch fehle es oft an Verständnis für die Auffassung, die NPD sei undemokratisch und deshalb für Demokraten nicht wählbar – hier sei das Argument weitverbreitet, die NPD sei ja schließlich keine verbotene Partei, sondern sie sei zu Wahlen zugelassen und könne somit auch gewählt werden.

Auch wurden die Kürzungen im Bereich der Freizeit- und Jugendarbeit kritisiert, weil erst dadurch den extremen Rechten mit ihren Angeboten das Feld überlassen werde. Schließlich sei es doch allgemein bekannt, dass hier wichtige Ursachen für das Erstarken des Rechtsextremismus in Ostdeutschland liegen und dass es ein wichtiges Ziel der extremen Rechten sei, in den Bereich der Jugendhilfe und Jugendfreizeitangebote einzudrin-

gen. Überall dort, wo sich der Staat aus den Regelstrukturen zurückziehe, gelinge es der extremen Rechten, diese Lücken mit ihren Angeboten auszufüllen, zum Beispiel durch Hausgabenhilfe oder Freizeitangebote für Jugendliche. Deshalb habe der Staat die Verantwortung, solche Regelstrukturen nicht preiszugeben und eine aktive und präventive Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu betreiben.

Strategien gegen Rechtsextremismus in Ost und West – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Lernpotential?

Podiumsdiskussion mit:

Iris Gleicke, *MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion*

Gabriele Fograscher, *MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion*

Volker Maria Hügel, *Rechtsreferent Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. / Pro Asyl*

Lorenz Korgel, *Koordinator der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland*

Prof. Dr. Richard Stöss, *Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften*

Moderation: **Frank Jansen**, *Redakteur, Der Tagesspiegel*

Bericht: **Dr. Angela Borgwardt**

Frank Jansen knüpfte an ein zentrales Ergebnis der ersten Podiumsdiskussion an: Demnach hat der aktuelle Rechtsextremismus eine neue Qualität erreicht. Nach Prof. Hafenegger ist der neue Rechtsextremismus – im Vergleich zur traditionellen Form – durch folgende Merkmale charakterisiert: Verjüngung des Personals, stärkere Radikalisierung, höhere Militanz und eine deutliche Tendenz zu öffentlicher Präsenz. Diese neue Form des Rechtsextremismus sei in den östlichen Bundesländern besonders ausgeprägt, werde aber im gesamten Land zu dauerhaften Problemen führen. Sollten angesichts dieser neuen Herausforderung auch neue Gegenstrategien ergriffen, neue Wege beschritten werden?

Gabriele Fograscher, Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, erkennt im gegenwärtigen Rechtsextremismus ebenfalls eine neue Qualität. Angesichts der längerfristigen Herausforderung sei es sehr wichtig, nicht immer wieder neue Projekte zu beginnen, sondern bewährte Projekte kontinuierlich fortzuführen. Ein gutes Beispiel seien die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland, deren erfolgreiche Arbeit langfristig gesichert werden müsse.

Grundsätzlich habe sich gezeigt, dass Rechtsextreme überall da aktiv werden, wo demokratische Institutionen und Regelstrukturen schwach sind, vor allem im ländlichen

Raum. Wirksame Gegenmaßnahmen könne der Bund dort aber nur in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften ergreifen, insbesondere mit den Akteuren vor Ort. Da lokale Vernetzung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus unverzichtbar sei, müsse man sich auch mit betroffenen Kommunalverwaltungen auseinandersetzen, die diese Probleme zum Teil negieren oder verharmlosen.

Auch **Iris Gleicke**, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, betonte die große Bedeutung der Arbeit vor Ort. Die Zusammenarbeit der verschiedenen kommunalen Akteure sei jedoch nicht immer einfach, wie sie in ihrem thüringischen Wahlkreis selbst erfahren musste. Um rechtsextremen Aktivitäten in dem 6.000-Einwohner-Städtchen Schleusingen etwas entgegenzusetzen, hat sie dort ein überparteiliches „Bündnis gegen Rechts“ mitgegründet – mit Erfolg: Denn das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger führte dazu, die Rechtsextremen in der Stadt in ihre Schranken zu weisen; sie reduzierten ihre Aktivitäten in Schleusingen ganz deutlich. Iris Gleicke wies aber auch auf die Schwierigkeiten hin, Bürger in lokalen Zusammenhängen gegen Rechts zu aktivieren. Gerade ländliche Strukturen seien besonders anfällig für die Ausbreitung des Rechtsextremismus, da er auf vielfältige Weise in das Gemeindeleben, in den vorpolitischen Raum und die Vereine eindringen könne. In der Kommune würde Rechtsextremismus oft nicht als Problem wahrgenommen, zumal nahe persönliche Beziehungen ein aktives Einschreiten gegen einzelne (bekannte) Personen zusätzlich erschweren können. Rechtsextreme Aktivitäten würden dann häufig verharmlost und verdrängt. Deshalb sei eine intensive und permanente Aufklärung über rechtsextreme Aktionen und Strukturen von großer Bedeutung.

Lorenz Korgel, Koordinator der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland, bestätigte aus seiner praktischen Erfahrung die erheblichen Schwierigkeiten, die Bevölkerung vor Ort gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren. Während die lokalen Eliten schon recht schnell auf rechtsextreme Tendenzen reagierten, sei es in öffentlichen Verwaltungen und Schulen oft noch sehr schwierig. Zum einen sei in Ostdeutschland das Denken in Netzwerken noch relativ wenig ausgeprägt, zum andern fehle dort – im Unterschied zum Westen – ein Bürgertum, das gegen Rechts mobilisiert werden kann.

Dennoch sei mit den Mobilien Beratungsteams schon eine Menge erreicht worden. So konnten in Ostdeutschland inzwischen Netzwerkstrukturen etabliert werden, die gegen unterschiedliche rechtsextreme Phänomene ganz gut funktionieren und durch Bildungsangebote begleitet werden.

Bei zukünftigen Gegenstrategien ist es nach Ansicht von Lorenz Korgel wichtig, dass die Politik viel stärker in Netzwerken agiert: Die Institutionen müssten sich öffnen und themenorientiert zusammenarbeiten, um Kompetenzen zu bündeln. Auch die länderübergreifende Zusammenarbeit müsse noch verstärkt werden.

Doch wie kann das demokratische Bewusstsein in Ostdeutschland gestärkt werden?

Iris Gleicke sieht hier in erster Linie die Schule in der Verantwortung: So sei es in ihrer thüringischen Stadt zunächst schwierig gewesen, die Schuldirektoren für eine Zusammenarbeit gegen die Rechtsextremen zu gewinnen, da eine reflexhafte Negierung des Problems vorherrschte. Doch schließlich habe die Zusammenarbeit funktioniert und das Gymnasium der Stadt wurde als „Schule ohne Rassismus und mit Courage“ ausgezeichnet. Insgesamt sei die Problematik aber sehr vielschichtig. So müsse das demokratische Bewusstsein vieler ostdeutscher Lehrer noch gestärkt werden; zu oft zeige sich bei ihnen noch eine unterentwickelte Sensibilität für alltägliche Diskriminierungen sowie eine mangelnde Bereitschaft, sich gegen rechtsextreme Tendenzen zu engagieren.

Die frühzeitige Erziehung zu Demokraten müsse also auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Insbesondere die Stärkung der Jugendarbeit sei für die politische Werteeziehung von großer Bedeutung. Der entscheidende Punkt sei dabei: Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden und man muss ihnen neue Beteiligungsformen anbieten. Erst wenn sie praktisch einüben, dass Demokratie zwar anstrengend sein kann, dass das Sich-Beteiligen und Einmischen – zum Beispiel bei der Gestaltung ihres Stadtquartiers – aber auch Spaß macht, lernen sie, wie eigene Interessen in den demokratischen Prozess eingebracht werden können.

Prof. Stöss machte auf eine Besonderheit des ostdeutschen Demokratieverständnisses aufmerksam: Während Westdeutsche Demokratie und wirtschaftliche Prosperität in der Regel als voneinander unabhängig sehen, betrachten viele Ostdeutsche diese beiden Bereiche als Einheit. Eine Wirtschaftskrise werde deshalb häufig mit Schwächen des demokratischen Systems verbunden. Dieser Denkgemeinschaft müsse unbedingt aufgebrochen werden.

Nach Auffassung von **Frank Jansen** haben große Teile der westdeutschen Politiker zu dieser Vorstellung beigetragen, indem sie zur Zeit der Wende die Gleichsetzung „Demokratie gleich Wohlstand“ propagierten. Dies sei auch im Versprechen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl von den „blühenden Landschaften“ zum Ausdruck gekommen. Funktionierende basisdemokratische Ansätze Ostdeutschlands – wie zum Beispiel Runde Tische – seien nicht als neue demokratische Beteiligungsform in die politische Kultur Gesamtdeutschlands integriert worden. Stattdessen habe man alle neuen Ansätze rabiart zur Seite gedrängt. Die vereinfachende Gleichsetzung von Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand hätten bei den Ostdeutschen dann Hoffnungen geweckt, die von einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung wieder zerstört wurden. Existenzängste – zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit ausgelöst – beschädigten dann auch die Vorstellung von Demokratie. Dieser Prozess wirke bis heute nach, so dass diese Hinterlassenschaft also zumindest teilweise von der Politik selbst verschuldet worden sei.

Aufgrund dieser komplexen Problematik ist es nach Auffassung von **Gabriele Fograscher** so wichtig, funktionierende Programme gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland kontinuierlich weiterzuführen und langfristig zu sichern. Darüber hinaus hält sie angesichts der gegenwärtigen Entwicklung aber auch eine Ausweitung solcher Programme auf ganz Deutschland für notwendig: Nach den neuesten Zahlen des BKA ist 2006 bereits eine beträchtliche Zunahme von rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Gesamtdeutschland zu verzeichnen, wobei sowohl die Quantität als auch die Brutalität der rechten Gewalt stark zugenommen hat. Hier müsse der Bund gesamtgesellschaftlich mehr tun.

Prof. Stöss wies darauf hin, dass der Rechtsextremismus in Gesamtdeutschland nur durch das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat wirksam bekämpft werden könne. Rechtsextremismus sei vor allem ein „Unterschichtenphänomen“ in Ost und West, das nur durch eine Kombination von Maßnahmen bekämpft werden könne. Zivilgesellschaftliche Projekte müssten unbedingt weitergeführt werden, gleichzeitig müsse der Staat vor allem im Bereich der schulischen Erziehung stärker aktiv werden: Das Gegenbild zur rechtsextremen Persönlichkeit sei der selbstbewusste Mensch – deshalb müsse weiter nach Wegen gesucht werden, um die Entwicklung der entsprechenden Kompetenzen im Bildungssystem zu fördern. Eine wichtige Rolle hätten aber auch die Unternehmen, die in ihrem Bereich Ängste und Ohnmachtsgefühle der Arbeitnehmer – zum Beispiel gegenüber Folgen der Globalisierung – vermeiden und abbauen müssten.

Iris Gleicke wandte sich gegen Stöss' Aussage, Rechtsextremismus sei ein „Unterschichtenphänomen“. Die Klientel der rechtsextremen Aktiven habe sich inzwischen stark geändert, Rechtsanwälte oder andere angesehene Berufsgruppen seien durchaus auch darunter.

Nach **Prof. Stöss** sollte jedoch genau unterschieden werden: und zwar zwischen den 50.000 bis 60.000 organisierten, öffentlich aktiven Rechtsextremisten einerseits und jener großen Gruppe von Bürgern mit rechtsextremen Einstellungen als sympathisierendes Umfeld andererseits. Verschiedene Studien zur Einstellungsforschung hätten gezeigt, dass mindestens sechs Millionen Deutsche über 16 Jahre ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, von denen über 70 % der Unterschicht zuzurechnen seien. Dies schließe natürlich einzelne rechtsextreme Funktionäre „mit Anzug“ nicht aus.

Das zentrale Problem sei doch, dass die 50.000 bis 60.000 rechtsextremen Aktivisten von einer Basis von sechs Millionen Menschen getragen werden. An dieser Stelle müsse mehr getan werden, denn Rechtsextremismus sei auch ein soziales Problem. Bei der aktuellen „Unterschichtendebatte“ könne er im Übrigen die öffentliche Erregung über die Verwendung des Begriffs „Unterschicht“ nicht ganz nachvollziehen, da in den Sozialwissenschaften schon seit 100 Jahren mit diesem Begriff gearbeitet werde. Zudem würden sich viele Menschen bei Umfragen selbst als Angehörige der Unterschicht bezeichnen.

Viel wichtiger als die Begriffswahl sei letztlich das dahinter stehende Problem und die Bekämpfung der sozialen Ursachen. Eine wirksame Strategie könnte zum Beispiel die Entwicklung eines Masterplans sein, in dem konkrete Aktivitäten vor Ort mit Maßnahmen zur strukturellen Lösung des Problems kombiniert werden. Hierbei wäre dann auch grundsätzlich zu klären, wie die Gesellschaft mit der sozialen Frage umgehen will.

Auch **Volker Maria Hügel** von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender verwies auf die strukturelle Seite des Problems Rechtsextremismus. Allerdings legte er bei seinen Ausführungen den Schwerpunkt nicht auf die direkte Bekämpfung des rechtsextremen Nährbodens in der Gesellschaft oder auf mögliche Umgangsformen mit rechtsextremen Aktivisten. Hügel forderte eine Stärkung der Migranten, also der potentiellen Opfer und Angriffsziele rechter Gewalt. Rassismus in der Gesellschaft habe auch strukturelle Ursachen: So werde von der Politik schon viele Jahre eine systematische Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben.

Ein zentrales Problem in der deutschen Gesellschaft, insbesondere für die Frage des Rechtsextremismus, sei die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge und Einwanderer. Die Kluft zwischen den Rechten der Migranten und den Rechten der Deutschen sei sehr groß. Hügel kritisierte diese Entrechtung einer großen Zahl von Menschen scharf. Auch mit dem unter Rot-Grün verabschiedeten Zuwanderungsgesetz sei diese Praxis weiter fortgesetzt worden. Die strukturelle Benachteiligung der Migranten werde durch den Mangel an Rechten noch weiter verstärkt. Der Personenkreis der Migranten müsse rechtlich endlich aufgewertet werden, um ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen; dann würde sich auch das Problem des Rechtsextremismus bessern.

Die Politik agiere aber genau in die andere Richtung. So werde in vielen Bereichen die notwendige professionelle Arbeit für Flüchtlinge nicht mehr finanziert, zum Beispiel sei eine sukzessive Schwächung der Landesflüchtlingsräte festzustellen. Ohne den Rückhalt einer Landesgeschäftsstelle mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit könnten örtliche Initiativen jedoch nicht erfolgreich arbeiten, da die Betroffenen in der Regel gar nicht wüssten, wie sie mit Bevölkerung, Verwaltung oder Regierung kommunizieren können.

Laufende Gelder für die erforderliche Infrastruktur seien nur schwer zu bekommen; erst wenn das Problem durch einen öffentlich bekannten Einzelfall „ein Gesicht“ bekomme, wachse die Spendenbereitschaft. Es sei aber unbedingt notwendig, die strukturelle Kritik zu forcieren, um überkommene Strukturen offenzulegen und überfällige Veränderungen vorzunehmen. Im Kern ginge es hier um eine Machtfrage, in der grundsätzlich zu entscheiden sei, wieviel gesellschaftliche Teilhabe den Zugewanderten zugestanden wird, zum Beispiel an preiswertem Wohnraum oder Zugang zum Arbeitsmarkt.

In der **Diskussion mit dem Publikum** wurde problematisiert, dass die praktische Arbeit vor Ort oft durch latent rassistische Diskurse in Politik und Medien erheblich

erschwert werde. Dazu gehöre zum Beispiel der Wahlkampf-Slogan des CDU-Politikers Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“, aber auch die Bemerkung des damaligen NRW-Ministerpräsidenten der SPD, Wolfgang Clement, die Opfer rassistischer Gewalt seien auch ein „Standortproblem der Bundesrepublik“. Viele, die sich in politischen und pädagogischen Projekten gegen Rechtsextremismus engagieren, seien angesichts solcher Äußerungen frustriert, da dieser Diskurs ihre konkreten Bemühungen vor Ort konterkariere.

Gabriele Fograscher warnte in diesem Zusammenhang vor zu starken Pauschalisierungen. Man müsse immer sehr genau beachten, in welchem Kontext etwas gesagt werde: Clements Äußerung habe zum Beispiel darauf abgezielt, dass Wirtschaft bzw. Unternehmen auch Verantwortung für das gesellschaftliche Klima übernehmen und sich gegen rechtsextreme Gewalt positionieren müssen. Generelle Angriffe gegen „die Politiker“ oder „die Politik“ allgemein seien sinnlos und würden in der Sache nicht weiterführen.

Auch **Iris Gleicke** ist davon überzeugt, dass diese Form der pauschalen Kritik an Politikern in der Sache nicht weiterbringt – auch wenn die Politik unbestritten ihren Anteil an der Frustriertheit der Menschen habe. Kritikwürdig sei zum Beispiel das Verhaltensmuster der Politiker, sich bei Problemen in automatischem Reflex die Schuld gegenseitig zuzuweisen, statt gemeinsam eine Lösung anzugehen. Diese Wahrnehmung von Demokratie sei problematisch, weil sie die Bürger daran zweifeln ließe, dass Politiker bestehende Probleme tatsächlich ernst nehmen und angemessen darauf reagieren. Dadurch könne sich ein Prozess verstärken, in dem das Vertrauen in die demokratischen Institutionen schwindet und die Demokratie insgesamt geschwächt wird.

Frank Jansen ergänzte, dass es seit der Wende an einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus fehlt, und zwar gleichermaßen in Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Der Umgang mit dem Thema verlaufe immer nach gleichem Muster: Nachdem ein Einzelfall bekannt werde, folge ein Schub der Empörung und des Aktivismus, der dann wieder abebbe – und ein paar Wenige übrig lasse, die sich langfristig engagieren. Irgendwann folge dann wieder der nächste Schub. Diese kurzen Wellen öffentlicher Aufmerksamkeit ohne dauerhafte Auseinandersetzung könnten aber nicht zur Lösung des Problems beitragen.

Von den Diskussionsteilnehmern wurde angesprochen, dass Programme wie Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen vorrangig darauf ausgerichtet seien, auf Missstände zu reagieren, was natürlich wichtig und weiter zu fördern sei. Doch welche konkreten Präventionsmaßnahmen seien eigentlich gegen die Entstehung von Rechtsextremismus geplant? Wäre es nicht zum Beispiel sinnvoll, ein Fach „Menschenrechte“ an den Schulen einzuführen? Wie könnte eine „Elternschulung“ aussehen? Könnte man auch „emotionale Bildung“ fördern, damit sich die Kälte der Täter gegenüber ihren Opfern erst

gar nicht entwickelt? Müsse in der Bildung nicht schon möglichst früh angesetzt werden, nicht erst in der Schule?

Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung muss nach Ansicht von **Iris Gleicke** noch viel getan werden. Leider treffe die Politik hier nicht immer die richtigen Entscheidungen. So wirke sich zum Beispiel die Thüringer „Familienoffensive“ problematisch aus, da Familien Geld erhielten, wenn sie ihre Kinder zu Hause betreuen: Die Mittel für die Finanzierung von Kita-Plätzen werden reduziert, dafür erhält jede Familie für ein Kind zwischen zwei und drei Jahren 150 Euro Erziehungsgeld; besucht das Kind jedoch eine Kita, wird der Betrag verrechnet. Die Folge sei, dass gerade ärmere Familien lieber das Geld nehmen, statt ihr Kind in den Kindergarten zu schicken. Frühkindliche Erziehung und Bildung, die auch für demokratische Werteerziehung sehr wichtig ist, werde so behindert. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag umfasse Kindergarten, Schule und Jugendsozialarbeit, und an all diesen Stellen müsse auch gleichzeitig angesetzt werden. Auch wenn im föderalen System der Bundesrepublik die Länder für Bildungsfragen zuständig sind, ist nach Auffassung von Iris Gleicke ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs notwendig, in dem auch ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus im Bildungssystem abgestimmt werden könnte.

Lorenz Korgel plädierte dafür, die Vielzahl von Bildungskonzeptionen, -programmen und -paketen zu vereinheitlichen, um sie dadurch übersichtlicher und handhabbarer zu machen. Bei der Frage des Rechtsextremismus gehe es doch auch darum, die bundesrepublikanische Einwanderungsgesellschaft im Bildungssystem abzubilden. Ein möglicher Weg könnte zum Beispiel sein, mehr Erzieher/innen und Lehrer/innen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen.

Frank Jansen beendete die Runde mit der bewusst provokativen Vision, dass im Jahr 2010 in Deutschland 30.000 rechte Straftaten an der Tagesordnung sein könnten und die NPD im Bundestag sitzt: Ob eine solche Entwicklung wohl zu verhindern sei?

Prof. Stöss zeigte sich optimistisch: Wenn man auch nur einen Teil der heute unterbreiteten Vorschläge umsetzen würde, sei das grundsätzlich möglich. Hinsichtlich der Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus stünde Deutschland im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern außerdem gar nicht so schlecht da. Es seien bereits gute Ansätze vorhanden, die jedoch dauerhaft gesichert werden müssten. Das Problem bestehe gegenwärtig vor allem darin, dass die Maßnahmen zu wenig auf Kontinuität abgestellt bzw. meistens nur befristet angelegt seien, was eine rechtzeitige und dauerhafte Planung verhindere. Außerdem wäre es sehr wichtig, dass die großen Volksparteien ihre Integrationskraft stärken.

Nach Ansicht von **Volker Maria Hügel** müssten die großen Parteien vor allem erst einmal erkennen, dass sie auch Teil des Problems sind. Dann hätte man auch die Chance, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Nach Ansicht von **Lorenz Korgel** ist das Erstarken des Rechtsextremismus nur teilweise zu verhindern. So werde es wahrscheinlich nicht möglich sein, den Rechtsextremismus in „abgekoppelten“ Regionen gänzlich zu beseitigen; man könne nur mit langfristig angelegten Maßnahmen seine Wirksamkeit einschränken.

Die beiden Politikerinnen **Gabriele Fograscher** und **Iris Gleicke** betonten, dass sie ihr Engagement gegen Rechtsextremismus auf Landes- und Bundesebene tatkräftig fortsetzen werden, damit sich in der Politik die rechtsextremen Vereinfacher nicht durchsetzen können und diese Schreckensvision nicht Wirklichkeit wird.

In seinem Resümee fasste der Leiter des FES-Projekts „Rechtsextremismus“, **Dr. Dietmar Molthagen**, einige Kernpunkte stichpunktartig zusammen: Notwendig wären Maßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems, eine gezielte Sozialpolitik sowie ein anderes Verständnis der Bundesrepublik als Einwanderungsgesellschaft. Eine wichtige Gegenstrategie sei zudem, mehr gesellschaftliche Teilhabeerfahrungen insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie für Migranten zu schaffen; dies gelte aber auch insgesamt für alle Bürger, die zu häufig die Erfahrung machen müssten, dass die Politik über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen trifft. Mehr Partizipation sei zwar oft mühsam, weil die Regierenden Macht an die Regierten abgeben müssten, aber unerlässliche Voraussetzung einer lebendigen Demokratie.

Regionale Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ost und West – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Lernpotential?

Bericht: **Dr. Dietmar Molthagen**

Den dritten Teil der Konferenz „Gegen Rechtsextremismus in Ost und West“ bildete ein „World Café“. Diese Gesprächsmethode fördert den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Hintergründe, die beruflich, privat, politisch oder wissenschaftlich mit dem Tagungsthema zu tun haben. Somit werden in einem World Café Wissen und Personen miteinander vernetzt. Anhand von drei Leitfragen wurde in wechselnden Gesprächsgruppen je eine halbe Stunde diskutiert. Somit hat jede/r Teilnehmer/in in den drei Gesprächsrunden mit bis zu 21 anderen Konferenzteilnehmer/innen gesprochen, in entspannter Atmosphäre eines Straßencafés. Die Leitfragen lauteten zum Thema Erfahrungen in Ost und West:

Gibt es eine unterschiedliche Sichtweise auf das Problem Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland?

zum Thema Ergebnisse der Arbeit gegen Rechtsextremismus:

Was hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am besten bewährt? Was behinderte den Kampf gegen Rechtsextremismus am stärksten?

zum Thema Übertragbarkeit der Erfahrungen:

Was können wir tun, um gemeinsam in Ost- und Westdeutschland gegen Rechtsextremismus vorzugehen?

Am Ende des World Cafés wurden wichtige Diskussionsergebnisse im Plenum zusammengetragen. In der Diskussion der ersten Leitfrage wurden die unterschiedlichen demokratischen Traditionen in Ost- und Westdeutschland betont. Im Westen herrsche aufgrund der längeren Erfahrungen mit der Demokratie eine stärkere Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements und entsprechend auch bessere Strukturen bei Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen oder anderen Organisationen. Demzufolge wurde ein Grund für die im Osten bisher erfolgreichere rechtsextreme Bewegung in der dortigen Schwäche demokratischer Kräfte gesehen: Rechtsextremismus sei in den neuen Bundesländern eine mögliche Antwort auf die Entwicklungen nach der Wende geworden, eine mögliche und in manchen Regionen auch akzeptierte Reaktion auf den Wegfall von Sicherheiten,

Institutionen und Perspektiven. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang jedoch, dass Prozesse des ökonomischen Strukturwandels, der Abwanderung und des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge auch vielen westdeutschen Regionen bevorstehe, womit sich das dortige Potential für rechtsextreme Organisationen erhöhe.

Ein weiterer Ost-West-Unterschied wurde in der unterschiedlichen thematischen Akzentuierung gesehen: Während im Westen insbesondere das Thema Anti-Rassismusbearbeitung an erster Stelle stehe, ist es im Osten die direkte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Organisationen und vor allem jugendlichen Tätern. Auch die Bedrohung ist in Ost und West unterschiedlich, da nach wie vor rechtsextreme Gewalttaten überproportional häufig in den neuen Bundesländern verübt werden.

Es wurde aber zugleich hervorgehoben, dass in der Diskussion über Rechtsextremismus nach wie vor starke Ost-West-Klischees vorherrschten, wobei dieser Unterschied gar nicht der entscheidende sei. Viel wichtiger sei vielmehr die Differenzierung des Problems Rechtsextremismus in ländlichen und städtischen Regionen sowie in strukturstarken und strukturschwachen. Für diese Unterschiede benötige man verschiedene Gegenstrategien, ein Ost-West-Gegensatz sei demgegenüber nachrangig.

Bei der Beantwortung der zweiten Leitfrage wurde unter den Erfolgsbedingungen für die Arbeit gegen Rechtsextremismus an erster Stelle die Herstellung lokaler Netzwerke und die Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren betont. Wenn in diesem Zusammenhang ein geschlossenes Auftreten der Demokraten erreicht werden konnte und also auch bürgerliche Bündnispartner/innen für die Arbeit gegen Rechtsextremismus gewonnen wurden, war die Arbeit am erfolgreichsten. Ganz wichtig sei es dabei, in den Bündnissen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus selbst demokratische Standards einzuführen und einzuhalten.

Eine weitere wichtige Erfolgsbedingung ist das Vorhandensein von Regelstrukturen in der Jugendarbeit. Die politische Bildungsarbeit hat sich ebenfalls bewährt, Aufklärung über Inhalte und Phänomene der rechtsextremen Bewegung ist aber weiterhin wichtig. Dadurch ist dann auch Prävention möglich, insbesondere unter Jugendlichen. Auch konkrete Maßnahmen gegen rechtsextreme Personen und Organisationen haben sich bewährt. Sitzblockaden, Gegendemonstrationen, aber auch die weitestmögliche Kontrolle von Geldströmen, Investitionen (Immobilien) und Aktivitäten der rechtsextremen Bewegung haben schon manches Vorhaben verhindern können.

Die Solidarität mit den Opfern wurde ebenfalls als wichtiges und bewährtes Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus angesehen. Durch die Betreuung der Opfer und die Veröffentlichung ihrer Leidensgeschichte ist öffentliche Anteilnahme am und Unterstützung für den Kampf gegen Rechtsextremismus möglich. Kontrovers diskutiert wurde

hingegen, ob die Strategie der sozialen Ächtung von Rechtsextremisten als erfolgreiche oder kontraproduktive Maßnahme gegen Rechtsextremismus angesehen werden kann.

Zu den Belastungen der Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde an erster Stelle die Finanzausstattung genannt. Insbesondere die fehlende Kontinuität der Finanzierung wurde scharf kritisiert. Folgeprobleme der Finanzausstattung sind aber auch mangelnde Fachkompetenz, wenn Jugendarbeit als 1-Euro-Jobs organisiert wird und mangelnde Ausstattung der Jugendarbeit mit Räumen und Material.

Die Kommunalpolitik ist ebenfalls an manchen Orten eine Behinderung der Arbeit gegen Rechtsextremismus, indem das Problem von offizieller Seite ignoriert oder Projekte durch Bürokratie und Verwaltung eingeschränkt werden. Gleiches gilt in bestimmten Regionen für die Schulen, in denen zu sehr auf die Vermittlung arbeitsmarktrelevanten Wissens und zu wenig auf die Entwicklung von Sozialkompetenz und politischem Bewusstsein gesetzt werde. Auch die Justiz wurde kritisiert, die mit uneinheitlichen Urteilen (zum Beispiel Verbot durchgestrichener Hakenkreuze, Verbot und dann wieder Erlaubnis des Thor-Steinar-Logos) die Akzeptanz für die Ablehnung des Rechtsextremismus einschränke.

Als schwierige Rahmenbedingungen für die Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde die zunehmende Entpolitisierung bzw. Politikverdrossenheit weiter Teile der Bevölkerung genannt. Erschwerend kommt hinzu, dass demokratische Parteien in manchen Regionen vor allem Ostdeutschlands keine Präsenz (mehr) zeigen. Der Abbau öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge vermittelt vielen Menschen in ländlichen Regionen das Gefühl, abgehängt zu werden und schüren Politikverdrossenheit weiter. In Verbindung mit einer als ungerecht wahrgenommenen Sozialpolitik und der weitverbreiteten Ausländerfeindlichkeit bieten sich rechtsextremen Parteien somit Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda.

Selbstkritisch wurde angemerkt, dass bisweilen die Konkurrenz verschiedener Projekte die Arbeit behindere. Eine bisweilen mangelnde eigene Professionalität und eine „Bunkermentalität“ innerhalb der Projektarbeit wurden beklagt, die gegenseitige Vernetzung erschweren. Ein durchaus vorhandener Ost-West-Konflikt innerhalb der Arbeit gegen Rechtsextremismus sei ein weiterer belastender Faktor. Auch dass bisher die erwachsene Bevölkerung von den Projekten kaum erreicht worden ist, wurde angemerkt.

Abschließend wurde beklagt, dass die Konjunkturen medialer Aufmerksamkeit Chance und Belastung zugleich seien. Natürlich ist im Zuge einer öffentlichen Debatte wie etwa nach dem Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern die Bereitschaft zur Arbeit gegen Rechtsextremismus erhöht. Umgekehrt ebbt aber das Interesse von Medien, Kommunen und potentiellen Kooperationspartnern auch schnell wieder ab. Hinzu kommt, dass die Erfolge der Projekte gegen Rechtsextremismus nicht messbar seien und damit Medien oder Geldgebern nicht immer leicht vermittelbar.

Bei der Beantwortung der dritten Leitfrage ging es um die gemeinsame Entwicklung von Perspektiven für die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ost- wie in Westdeutschland. Mehrfach wurde dabei hervorgehoben, dass Bildungsangebote einen Schlüssel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus seien. Insbesondere ein früherer Beginn von politischer Bildung, da auch Rechtsextremisten Kinder in immer jüngerem Alter rekrutieren, die Entwicklung und Anwendung von Konzepten und Methoden der Demokratie- und Menschenrechtserziehung sowie eine partizipationsorientierte Schulentwicklung wurden als Notwendigkeit betont. Demokratie müsse erfahrbar vermittelt werden und das solle Spaß machen, um den aktionsorientierten Angeboten der rechtsextremen Szene etwas entgegenzusetzen. Auch eine Stärkung von Medienkompetenz unter Jugendlichen und weiterhin die Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit wurde als Bildungsinhalte diskutiert. Wichtig seien auch hierbei die Anwendung interessanter und beteiligungsfördernder Methoden wie beispielsweise Schülerwettbewerbe oder der Schüleraustausch, der sowohl zwischen In- und Ausland, aber durchaus auch zwischen Ost- und Westdeutschland angeregt wurde.

Bedarf sahen die Konferenzteilnehmer/innen bei der Entwicklung von Konzepten für bildungsferne Jugendliche, damit nicht vorrangig diejenigen erreicht werden, die politische Bildung tendenziell am wenigsten nötig haben. Doch auch die Bedeutung der außerschulischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus wurde unterstrichen. Es sei wichtig, dass Jugendlichen geografische wie geistige Räume zur Entfaltung zur Verfügung gestellt würden. Diskutiert wurde dabei auch über die Notwendigkeit, einen Ausgleich für familiäre Defizite zu schaffen, wofür Ganztagschulen eine Möglichkeit darstellten. In die gleiche Richtung ging die Forderung, die Elternarbeit zu intensivieren, ohne die jede Jugendarbeit in ihren Erfolgsaussichten limitiert bleibe.

Auch für die Zukunft wurde die Bedeutung des Arbeitens in Netzwerken aus Projekten, Politik, Verwaltung, Schule und anderem betont. Die Erschließung neuer Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus sei dabei wichtig, wie zum Beispiel die Freiwilligen Feuerwehren, die weitverbreitet und meist kommunal gut verankert sind. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob entsprechenden rechtsextremen Angeboten eine „Bürgerhilfe“ seitens der Demokraten entgegengesetzt werden solle (Kommunale Lebensberatung, Nachbarschaftshilfe, Arbeits- und Ausbildungsmarkt).

Der argumentativen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wurde steigende Bedeutung beigemessen. Die Erfahrung zeigt, dass Rechtsextremisten sich immer offensiver an öffentlichen Diskussionen beteiligen. Entsprechend sollten die Angebote für Argumentationstrainings ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollten aber auch gezielt positive Diskurse gesucht werden, etwa über die Frage, was Demokratie bedeute und den Bürger/innen bringe oder die positiven Folgen von Einwanderung für Deutschland.

Wichtig sei dabei, die eigenen Diskurse konsequent demokratisch zu führen, was ebenso auch von Politik und Verwaltung verlangt wurde. Zudem sollten die Demokraten ihre Ablehnung des Rechtsextremismus weiterhin auch kämpferisch ausdrücken, etwa durch Gegendemonstration, Sitzblockade, Mahnwache oder ähnlichem. Wo immer möglich, sollten rechtsstaatliche Mittel zur Einschränkung rechtsextremer Aktivitäten konsequent genutzt werden.

Abschließend wurde betont, dass die Zusammenarbeit und weitere Vernetzung der Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus eine wichtige Zukunftsaufgabe sei und dass dabei insbesondere der Austausch zwischen den alten und neuen Bundesländern intensiviert werden sollte, wie im Rahmen dieser Konferenz geschehen.

Schlussfolgerungen für die Politik

Sebastian Edathy, *MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses*

Bericht: **Dr. Dietmar Molthagen**

Im Anschluss an den Austausch über die Diskussionsergebnisse im World Café sprach der Bundestagsabgeordnete und Innenausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) das Schlusswort der Konferenz. Er kündigte darin an, dass das neu gegründete Bundesamt für Justiz als nachgeordnete Behörde des Bundesjustizministeriums künftig die Entschädigung der Opfer rechtsextremer Gewalt übernehmen werde.

Daneben sprach sich Edathy für die Ausweitung der in Ostdeutschland erfolgreichen Arbeit der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und der Opferberatungsstellen auf die westdeutschen Bundesländer aus. Die SPD-Fraktion strebe dafür die Aufstockung der Bundesmittel für die Rechtsextremismusbekämpfung um weitere fünf Millionen Euro an, womit Strukturprojekte über Juni 2007 hinaus gefördert werden könnten. Nach dem Willen Edathys sollte dieser Betrag zudem an einen überparteilichen Träger vergeben werden und damit als eigener Haushaltstitel im Etat des Bundesfamilienministeriums von der jährlichen Bewilligung der Modellprojekte im großen Bundesprogramm befreit werden.

Mit Blick auf das neue Bundesprogramm des Bundesfamilienministeriums bekräftigte Sebastian Edathy die Kritik, dass in der ersten Säule des Programms nur Kommunen Anträge auf Bundesmittel stellen können und keine freien Träger. Er sagte zu, dass die SPD-Fraktion versuchen werde, diese Pläne des Ministeriums noch zu ändern.

Abschließend ging Edathy auf seine Idee eines Demokratiegipfels ein, der analog zum kürzlich ausgerichteten Integrationsgipfel des Bundesinnenministeriums eine Möglichkeit sei, das Thema Rechtsextremismus in die Öffentlichkeit zu bringen und den notwendigen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu befördern. Außerdem würde mit einem solchen Gipfel die Bundesregierung dem Problem Rechtsextremismus die ihm gebührende Aufmerksamkeit zollen. Die Herstellung eines öffentlichen Bewusstseins für die Bedeutung der Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe aller politischer und gesellschaftlicher Institutionen – von Parteien über Vereine bis hin beispielsweise zu freiwilligen Feuerwehren – wäre ein erstrebenswertes Ziel, dem ein solcher Demokratiegipfel dienen würde.

Die Referentinnen und Referenten:

Martin Dulig, MdL

parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag

Der 1974 in Plauen geborene Martin Dulig absolvierte eine Berufsausbildung zum Maurer in Moritzburg und arbeitete anschließend bis 1998 als Jugendbildungsreferent. Von 1998 bis 2004 studierte er Erziehungswissenschaften, Fachrichtung Sozialpädagogik, in Dresden und arbeitete parallel als freiberuflicher Trainer in der Erwachsenenbildung.

Seit 1992 ist Martin Dulig SPD-Mitglied, war von 1999 bis 2004 sächsischer Juso-Landesvorsitzender und ist seit 2000 Mitglied im SPD-Landesvorstand. 2004 wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt und ist seit 2005 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Bildungs- sowie Jugendpolitischer Sprecher. Martin Dulig ist Mitbegründer des Netzwerks für Demokratie und Courage.

Sebastian Edathy, MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Sebastian Edathy, geboren 1969 in Hannover, ist seit November 2005 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Nach seinem Studium der Soziologie und Deutschen Sprachwissenschaft arbeitete er mehrere Jahre für Landtags- und Bundestagsabgeordnete aus Niedersachsen, bevor er 1998 selbst ein Bundestagsmandat errang. Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion hatte Sebastian Edathy seitdem folgende Ämter inne: 1999 bis 2002 stellvertretender migrationspolitischer Sprecher, seit November 2000 Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, von 2000 bis 2006 Sprecher der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus und Gewalt“, seit Januar 2003 Vorsitzender der deutsch-indischen Parlamentariergruppe.

Zu seinen politischen Arbeitsschwerpunkten gehören die Themen Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus, Migration und Integration, Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sowie Menschen- und Bürgerrechte.

Gabriele Fograscher, MdB

Sprecherin der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion

Die 1957 geborene Gabriele Fograscher wohnt heute in Berlin und in ihrer Geburtsstadt Nördlingen in Bayern (Kreis Donau-Ries). Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Als staatlich geprüfte Hauswirtschafterin arbeitete Gabriele Fograscher ab 1981 als Fach-

lehrerin für Textilarbeit, Werken und Hauswirtschaft an Grundschulen, Hauptschulen, Sonderschulen und Berufsfachschulen. Seit 1987 war sie als Erzieherin in der familienersetzenden Wohngruppe des Jugendhilfeverbundes Donau-Ries tätig.

Seit 1994 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages, in dessen Innen- und Verteidigungsausschuss sie in der aktuellen Legislaturperiode Mitglied ist. Außerdem ist Gabriele Fograscher seit Februar 2005 Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Beirat des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ des Bundesinnenministeriums.

Iris Gleicke, MdB

parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bauingenieurin und Parlamentarische Staatssekretärin a. D. Iris Gleicke wurde 1964 in Schleusingen, Kreis Suhl, geboren. Nach Abschluss der polytechnischen Oberschule machte sie eine Lehre als Bauzeichnerin und studierte anschließend an der Fachschule in Gotha. Sie arbeitete als Projektantin im VEB Stadtbau Suhl, als Angestellte im Stadtbauamt Schleusingen und als Bereichsingenieurin in der Flurneuordnungsbehörde Schleusingen.

Iris Gleicke zählt zu den Gründungsmitgliedern der SPD in der DDR im Januar 1990 und ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2002 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und von Oktober 2002 bis November 2005 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit der Zuständigkeit für den Aufbau Ost. Seit 2000 ist Iris Gleicke Mitglied in der AG Rechtsextremismus und seit November 2005 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion.

Prof. Dr. Benno Hafenegger

Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Marburg

Benno Hafenegger ist seit 1994 an der Universität Marburg Professor für Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Jugend- und Rechtsextremismusforschung, Jugendarbeit und politische Bildung. Er legte in den vergangenen Jahren mehrere Studien zum Rechtsextremismus vor. Themen waren dabei zuletzt die Strukturen des organisierten Rechtsextremismus und jugendlicher Rechtsextremismus in der westdeutschen Provinz.

Er studierte Erziehungswissenschaft und Psychologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete vor seinem Ruf nach Marburg als Jugendbildungsreferent beim Landesjugendring Hessen und als Professor an der Fachhochschule Fulda. Benno Hafenegger ist seit vielen Jahren ehren- und hauptamtlich in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung tätig.

Volker Maria Hügel

Rechtsreferent Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.

Volker Maria Hügel (Jahrgang 1952) wurde in Münster geboren, wo er auch heute wieder lebt. Er arbeitet als Rechtsreferent der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) in Münster und ist Leiter des Projekts „Qualifizierung der Flüchtlingssozialarbeit“ bei der GGUA. Bereits seit 1978 ist Volker Maria Hügel in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit tätig, zurzeit neben seinem Hauptberuf auch als Dozent an der Fachhochschule für Sozialwesen in Münster, als Mitglied des Vorstands der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL und als Mitglied der Härtefallkommission beim Innenministerium Nordrhein-Westfalen.

Frank Jansen

Journalist und Redakteur Der Tagesspiegel, Berlin

Frank Jansen (Jahrgang 1959) wuchs in Nordrhein-Westfalen auf und studierte ab 1983 Politikwissenschaften in Berlin. Seit 1990 ist er Redakteur des Berliner Tagesspiegel, bis 1995 als Korrespondent in Frankfurt/Oder und seit 2001 zusätzlich als Reporter. Seit 1990 beschäftigt er sich mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus, die zu Schwerpunkten seiner journalistischen Arbeit geworden sind, insbesondere die Berichterstattung über das Schicksal von Opfern rechter Gewalt. Außerdem zählen die Auseinandersetzung mit Islamismus und Terrorismus zu Frank Jansens Arbeitsschwerpunkten.

Dominique John

Opferperspektive Brandenburg und Koordinator der Opferberatungsstellen in Ostdeutschland

Seit 2001 ist der Diplom-Politologe Dominique John (Jahrgang 1963) Mitarbeiter der Opferperspektive Brandenburg und zugleich Koordinator der mit Mitteln des CIVITAS-Programms geförderten Beratungsstellen für Opfer rechtsmotivierter Gewalttaten in Ostdeutschland.

Die Opferperspektive ist ein in Potsdam ansässiger gemeinnütziger Verein, der sich für Opfer rechter Gewalt einsetzt. Die Mitarbeiter recherchieren und erfassen systematisch Fälle rechtsextremer Gewalttaten im Land Brandenburg und veröffentlichen diese. Der Verein bietet landesweit eine aufsuchende Beratung für Opfer rechter Gewalt, ihre Angehörigen und Freund/innen sowie Zeug/innen.

Reinhard Koch

Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig

Reinhard Koch, Diplom-Pädagoge, ist seit 1980 Pädagogischer Mitarbeiter bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. und leitet seit 1994 die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig.

In dieser Funktion ist er in den Bereichen Fortbildung, Beratung, Coaching, Prävention und Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen aktiv und leitete Projekte unter anderem im Rahmen der XENOS- und Entimon-Programme. Daneben war er in der Verlagsarbeit und im Archiv tätig und verfasste zahlreiche Publikationen zum Thema Rechtsextremismus. Seit 2004 ist Reinhard Koch Lehrbeauftragter der Universität Hannover am Institut für Berufspädagogik.

Lorenz Korgel

Koordinator der Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland

Der Politikwissenschaftler Lorenz Korgel ist seit 2001 Koordinator der „Mobilen Beratungsteams für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus“ für die RAA Berlin e.V. Seine Tätigkeitsschwerpunkte dabei sind der Aufbau Mobiler Beratungsstrukturen in Ostdeutschland, die Organisation des Netzwerks Mobiler Beratungsteams sowie Fachberatung zu Demokratieentwicklung und Rechtsextremismus. Die inhaltlichen Schwerpunkte seiner Arbeit gegen den Rechtsextremismus sind mobile Beratung als Ansatz für Demokratieentwicklung, Zivilgesellschaftstheorie und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (Lifestyle, Symbole etc.).

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin

Birgit Rommelspacher (Jahrgang 1945) ist Professorin für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Berliner Alice-Salomon-Fachhochschule und außerdem Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin. Zuvor war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut München sowie an der Freien Universität Berlin und Gastprofessorin an der Technischen Universität Berlin.

Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Geschlechterverhältnisse und Antiislamismus, Intersektionalität sowie interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste. Zu ihren zahlreichen Veröffentlichungen zählen unter anderem „Anerkennung. und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft“, Frankfurt 2002, und zuletzt „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt 2006.

Prof. Dr. Richard Stöss

Institut für Politische Wissenschaften, Freie Universität Berlin

Geboren 1944 im Rheinland, kam Prof. Dr. Richard Stöss 1965 zum Studium nach Berlin. Er promovierte am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin und legte dort 1984 auch seine Habilitation ab. Seit 1971 arbeitet Richard Stöss am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, das seit 1996 zum Fachbereich Politische Wissenschaft gehört. Seit 1996 ist er zugleich Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums, der Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie. 2004 wurde Richard Stöss zum Professor ernannt.

Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Beschäftigung mit dem Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Parteiensoziologie, -geschichte und -theorie, die Erforschung sozialer Bewegungen, die empirische Sozialforschung und die Rechtsextremismusforschung.

